



Plenarprotokoll

110. Sitzung

Freitag, 22. Januar 2016

Gemeinsame Beratung

**a) Baumaßnahmen des Bundes
planungsrechtlich schneller ab-
sichern** 9212

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/3737 (neu)

**b) Verkehrswegebeschleunigungs-
gesetz** 9212

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/3739

Hans-Jörn Arp [CDU]..... 9212
Christopher Vogt [FDP]..... 9213
Kai Vogel [SPD]..... 9215
Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN]..... 9216

Uli König [PIRATEN]..... 9218
Flemming Meyer [SSW]..... 9219
Reinhard Meyer, Minister für
Wirtschaft, Arbeit, Verkehr
und Technologie..... 9220

Beschluss: Überweisung der Anträge
Drucksachen 18/3737 und
18/3739 an den Wirtschaftsaus-
schuss..... 9221

Gemeinsame Beratung

**a) Industriestandort Unterelbe
stärken und weiterentwickeln ...** 9222

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/3693		Bericht der Landesregierung Drucksache 18/3714	
b) Zukunftsfähige Weiterentwick- lung des Industriegebiets Unter- elbe	9222	Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie.....	9243
Antrag der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 18/3738 (neu)		Christopher Vogt [FDP].....	9244
Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	9222	Johannes Callsen [CDU].....	9246
Johannes Callsen [CDU].....	9223	Wolfgang Baasch [SPD].....	9247
Tobias von Pein [SPD].....	9225	Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	9248
Christopher Vogt [FDP].....	9226	Wolfgang Dudda [PIRATEN].....	9249
Dr. Patrick Breyer [PIRATEN].....	9229	Flemming Meyer [SSW].....	9250
Flemming Meyer [SSW].....	9230	Beschluss: Überweisung an den Wirt- schaftsausschuss und den Sozial- ausschuss.....	9251
Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	9231	Gemeinsame Beratung	
Oliver Kumbartzky [FDP].....	9233	a) Umsetzung des Arbeitspro- gramms 2016 der Europäischen Kommission in Schleswig-Hol- stein	9251
Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie.....	9234	Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜ- NEN, PIRATEN und der Abge- ordneten des SSW Drucksache 18/3741	
Beschluss: Überweisung der Anträge Drucksachen 18/3693 und 18/3738 (neu) an den Wirtschafts- ausschuss.....	9236	b) Arbeitsprogramm der Europäi- schen Kommission für 2016	9251
Novelle der Gebührenordnung für Ärzte (GOÄ) zügig umsetzen	9236	Bericht der Landesregierung Drucksache 18/3721	
Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 18/3733		Beschluss: Überweisung des Berichts Drucksache 18/3721 an den Euro- pausschuss zur abschließenden Beratung.....	9251
Dr. Heiner Garg [FDP].....	9236	Zustimmung zum Erwerb des Grundstücks in Lübeck, Kronsfor- der Landstraße - Zukauf - für die Errichtung einer Erstaufnahmeein- richtung für Asylbewerberinnen und Asylbewerber	9251
Karsten Jasper [CDU].....	9237	Antrag der Landesregierung Drucksache 18/3674	
Bernd Heinemann [SPD].....	9238	Bericht und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses Drucksache 18/3746	
Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	9239		
Wolfgang Dudda [PIRATEN].....	9240		
Flemming Meyer [SSW].....	9241		
Kristin Alheit, Ministerin für So- ziales, Gesundheit, Wissen- schaft und Gleichstellung.....	9242		
Beschluss: Überweisung an den Sozi- alausschuss.....	9243		
Integration von Flüchtlingen auf den Arbeitsmarkt in Schleswig- Holstein	9243		

Thomas Rother [SPD], Bericht- statter.....	9252	
Beschluss: Annahme des Antrags Drucksache 18/3674.....	9252	* * * *
Birgit Herdejürgen [SPD], zur Ge- schäftsordnung.....	9252	
Gemeinsame Beratung		
a) Umsetzung des Arbeitspro- gramms 2016 der Europäischen Kommission in Schleswig-Hol- stein	9252	Regierungsbank:
Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜ- NEN, PIRATEN und der Abge- ordneten des SSW Drucksache 18/3741		Torsten Albig, Ministerpräsident
b) Arbeitsprogramm der Europäi- schen Kommission für 2016	9252	Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewen- de, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume und Erster Stellvertreter des Ministerpräsidenten
Bericht der Landesregierung Drucksache 18/3721		Britta Ernst, Ministerin für Schule und Berufs- bildung
Beschluss: Annahme des Antrags Drucksache 18/3741.....	9252	Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kul- tur und Europa und Zweite Stellvertreterin des Ministerpräsidenten
Sammeldrucksache über Vorlagen gemäß § 63 Absatz 1 a der Ge- schäftsordnung des Schleswig-Hol- steinischen Landtags	9252	Stefan Studt, Minister für Inneres und Bundes- angelegenheiten
Drucksache 18/3755 (neu)		Monika Heinold, Finanzministerin
Beschluss: Annahme.....	9252	Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Ar- beit, Verkehr und Technologie
		Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesund- heit, Wissenschaft und Gleichstellung
		* * * *

Beginn: 10:03 Uhr

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Meine Damen und Herren! Ich eröffne die Sitzung. Erkrankt sind gemeldet die Kollegin Astrid Dame-row und der Kollege Jens-Christian Magnussen. Wir wünschen von dieser Stelle aus gute Besse-rung.

(Beifall)

Bitte begrüßen Sie mit mir auf der Tribüne Schüle-rinnen und Schüler der Gemeinschaftsschule Ru-genbergen, Bönningstedt, den Vorstand des Lan-desverbandes der Guttempler sowie Herrn Josef Thoben, den Vorsitzenden der Akademie für die Ländlichen Räume. - Seien Sie alle herzlich will-kommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 23 und 25 auf:

Gemeinsame Beratung

a) Baumaßnahmen des Bundes planungsrecht-lich schneller absichern

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/3737 (neu)

b) Verkehrswegebeschleunigungsgesetz

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/3739

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache. Das Wort für die CDU-Fraktion hat der Herr Abgeord-nete Hans-Jörn Arp.

Hans-Jörn Arp [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wieder einmal reden wir heute über das Thema **A 20**, über das Thema **Baurecht**. Wieder einmal stellen wir fest, dass das Land Schleswig-Holstein einen herben Rückschlag hat hinnehmen müssen.

Herr Minister Meyer, Sie werden bis zum Ende Ihrer Dienstzeit nicht einen Meter Autobahn bauen und nicht eine Baustelle neu einweihen können. Das muss doch erbärmlich, das muss doch bitter sein für einen Verkehrsminister, der immer darauf drängt, aus Berlin Geld zu kriegen. Aber es liegt nicht am Geld.

(Zuruf Martin Habersaat [SPD])

- Hat sich der Kollege zu Wort gemeldet, Herr Prä-sident?

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Das war ein Zwischenruf, Herr Abgeordneter. Sie haben das Wort.

(Zuruf - Heiterkeit)

Hans-Jörn Arp [CDU]:

Es steht aber nicht in der Verfassung, dass Sie ein Recht haben, dummes Zeug zu reden. Darüber soll-ten Sie einmal nachdenken, meine Damen und Her-ren.

(Christopher Vogt [FDP]: Doch, leider ja! - Weitere Zurufe)

Vielleicht können wir uns nun wirklich einmal ei-nem ernsten Thema widmen, das die Menschen im Lande interessiert, das die Wirtschaft interessiert und weswegen die Menschen von Ihnen, Herr Mey-er, tief enttäuscht sind.

Sie haben es während einer Zeit von sieben Jahren in Ihrer Behörde nicht geschafft - -

(Widerspruch SPD)

- Sieben Jahre! Man beginnt irgendwann am An-fang, und spätestens nach sieben Jahren ist das Bau-recht da oder nicht. In diesem Fall ist nach fünf Jah-ren zum ersten Mal das Planfeststellungsverfahren ausgelegt worden, und in dieser Zeit hat Ihre Be-hörde es nicht geschafft. Das ist reines Verwal-tungsversagen, und dafür sind Sie allein verant-wortlich und kein anderer.

(Beifall CDU)

Selbst in den Fällen, in denen Sie Baurecht haben, schaffen Sie es nicht zu bauen. Ich denke dabei nur an Nettelsee; die Baustelle dort können Sie noch nicht einmal ordentlich ausschreiben.

Sie sollten einmal überlegen, wie Sie Ihr Haus auf-gestellt haben. Bei der Störbrücke war schon vor der Einweihung die Farbe abgeblättert. Das alles ist doch ein Armutszeugnis für Ihr Haus und Ihre Be-hörde. Dafür stehen Sie gerade.

Meine Damen und Herren, was ist geschehen? Nachdem das Verfahren jetzt fünf Jahre gedauert hat und das Baurecht innerhalb dieser fünf Jahre nicht erstellt worden ist, die Planungsreife nicht erstellt worden ist, bedeutet das doch nichts ande-res, als dass wir nun komplett neu beginnen müssen

(Hans-Jörn Arp)

mit der Kartierung, mit der Verkehrsprognose, mit der Umweltprognose. Alle diese Prognosen müssen neu erstellt werden. Alles, was bisher gemacht worden ist, kommt in die Tonne und kostet den Steuerzahler viel Geld. Millionen sind wieder einmal im wahrsten Sinn des Wortes in den Sand gesetzt worden, ohne dass auch nur ein Bagger daran beteiligt war.

Ihnen muss doch klar gewesen sein, dass zum Ende des letzten Jahres planfestgestellt sein muss oder nicht. Gerade aufgrund der Erfahrung, die Sie und die wir alle hier im Haus hatten mit den Fledermäusen und dem Fledermaus-Urteil in Segeberg, muss man in diesem Bereich doch ganz sensibel vorgehen. Sie wissen genau, dass dort die Frist abläuft. Gerade mit der Frage des Umweltverhaltens, des Arten- und Tierschutzes und der Frage des biologischen Verhaltens muss sensibel umgegangen werden. Das alles hätte besser geprüft werden müssen.

Dann kommt der Vorgang, dass im Frühjahr, drei Vierteljahre vor Ablauf der Frist, gemeldet wird, dass dort ein Adlerpaar gesichtet wurde. Dann geht das im August in Ihr Haus. Von diesem Moment an hat es immer noch bis zum November gedauert, bis Sie das erste Mal eine Runde zusammengestellt haben, die sich mit dem Thema beschäftigt hat.

Der Kollege Habeck hat Ihnen doch ein paar Tipps gegeben, was Sie hätten machen können. Warum haben Sie die nicht schon im August Leute zusammengerufen? Ich glaube, dann wäre es nicht so weit gekommen, und wir hätten die Verzögerung von mindestens zwei Jahren nicht gehabt.

(Beifall CDU)

Diese Verzögerung geht ausschließlich zulasten der **Wirtschaft**. Die ersten Wirtschaftsunternehmen verlassen Schleswig-Holstein, zwar noch nicht mit dem Hauptsitz, aber ihr Logistikkollege ist inzwischen in Niedersachsen. Ein Wirtschaftsminister hat aber dafür zu sorgen, dass wir in Schleswig-Holstein Wirtschaftswachstum haben, dass wir in der Wirtschaft eine positive Stimmung haben. Sie erreichen genau das Gegenteil.

(Beifall CDU)

Seit 2013 standen 79 Millionen € im Bundeshaushalt für den Abschnitt zwischen Sommerland und Hohenfelde bereit. Da keine Baureife da war, konnte das aber nicht verbaut werden. Das ist auch ein Appell an Herrn Tietze, der immer wieder behauptet, es gebe ja kein Geld. Die 79 Millionen € haben im Bundeshaushalt gestanden, sie standen bereit, sind aber jetzt in andere Bundesländer gegangen.

Nun wird im Süden der Republik gebaut. Wir aber schaffen es nicht einmal in fünf Jahren, die Baureife herzustellen.

Die zweite Geschichte ist natürlich genauso wichtig. Diese Geschichte betrifft das Geld für den **Elbtunnel**. 600 Millionen € stehen bereit. Aber der Elbtunnel kann nicht ausgeschrieben werden, Herr Minister, weil kein Investor kommt, der den Elbtunnel baut, solange es keine Zufahrt gibt. Wenn wir die Ringverkehre nicht hinkriegen von der A 23 zur A 20 und damit zum Tunnel, wird auch kein Investor kommen und am Tunnel zu bauen anfangen. Dafür tragen Sie die Verantwortung. So etwas hat es in Schleswig-Holstein noch nicht gegeben.

Wenn Sie es nicht können, dann überlassen Sie das dem Kollegen Habeck. Der kann Ihnen zeigen, wie man zumindest Planungssicherheit schafft. Er hat es zumindest schon in einem Fall geschafft, die Trassen schneller hinzukriegen. Dort gab es ein ähnliches Baurecht und ähnliche Voraussetzungen. Herr Habeck, es fällt mir sehr schwer, Sie zu loben, aber in diesem Fall sollten Sie Ihrem Kollegen Meyer einmal ein bisschen Nachhilfeunterricht geben, wie man in Schleswig-Holstein plant. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die FDP-Fraktion hat jetzt Herr Abgeordneter Christopher Vogt das Wort.

Christopher Vogt [FDP]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die FDP-Fraktion möchte mit dem vorliegenden Antrag die Landesregierung auffordern, endlich den Entwurf für ein **Verkehrswegebeschleunigungsgesetz** vorzulegen, mit dem das Planungsrecht im Bereich der Verkehrsinfrastruktur wirksam vereinfacht und die Planungsverfahren erheblich beschleunigt werden können.

Übertriebene Vorgaben sollten zurückgefahren und die Klagewege generell verkürzt werden. Auch das Verbandsklagerecht darf aus unserer Sicht kein Tabu mehr sein. Wir haben in den letzten Jahren leider nicht den Eindruck gewonnen, dass die Naturschutzverbände mit diesem Recht, das sie haben, verantwortungsvoll umgehen. Insofern glaube ich, dass auch das auf die Tagesordnung muss.

(Beifall FDP und CDU)

(Christopher Vogt)

Lieber Herr Kollege Tietze, zur Wahrheit gehört aber auch, dass das Land seine Planungskapazitäten erhöhen und den zuständigen Landesbetrieb professionalisieren muss. Das mahnt im Übrigen auch der Landesrechnungshof an; es ist ja selten, dass der Landesrechnungshof mehr Personal und eine bessere Bezahlung von Beamten fordert. Dazu sagt die Landesregierung: Das ist gar nicht notwendig; wir haben das im Griff. - Die Realität sieht jedoch anders aus.

Verkehrsminister Meyer kündigt seit dreieinhalb Jahren immer mal wieder öffentlich an, das Planungsrecht mit einer entsprechenden Initiative vereinfachen zu wollen. Passiert ist bisher aber leider nichts. Kurz vor dem Jahreswechsel hat der Minister erneut angekündigt, hier tätig werden zu wollen. Herr Minister Meyer, wir begrüßen Ihre Ankündigungen ja, jetzt, nach dreieinhalb Jahren, wollen wir aber endlich Taten sehen. Ich glaube, die Zeit der Ankündigungen muss irgendwann einmal vorbei sein. Da dieses Thema für Schleswig-Holstein eine große Bedeutung hat, muss es doch möglich sein, dass die Landesregierung mit ihren Experten im Landesbetrieb und im Ministerium bis zur Sommerpause etwas Konkretes erarbeitet und vorlegt.

Wie der Verkehrsminister sind auch wir der Meinung, dass das **Planungsrecht** im Bereich der **Verkehrsinfrastruktur** mittlerweile zu einem Verhinderungsrecht geworden ist und deshalb reformiert werden muss. Herr Minister, es ist aber nicht besonders redlich, sich als zuständiger Minister hinter diesem Problem zu verstecken. Jahrelang nicht tätig zu werden und jetzt immer noch so zu tun, als hätte die Tatsache, dass es nicht vorangeht, mit allen anderen zu tun, nur nicht mit Ihnen, ist schon etwas merkwürdig, Herr Minister.

(Beifall FDP und CDU)

Ich glaube, wenn absehbar ist, dass man es in fünf Jahren nicht schaffen wird, auch nur einen einzigen Meter **A 20** weiterzubauen, dann sollte man sich etwas stärker hinterfragen, als Sie das bisher tun. Kaum jemand im Land glaubt doch noch, dass das nichts mit Ihrer Arbeit zu tun hat. Spätestens im Landtagswahlkampf wird Ihnen kein Mensch in Schleswig-Holstein mehr glauben, dass diese Landesregierung da eine gute Arbeit geleistet hat.

(Beifall FDP und CDU)

Man kann es wirklich nicht anders sagen: Aus dem Minister der vollmundigen Ankündigungen ist der Minister der schlechten Ausreden geworden. Herr Minister Meyer, eigentlich schätzen wir Sie ja sehr. Ich glaube, mit dem, was Sie bisher abgeliefert ha-

ben, werden Sie aber auch Ihren eigenen Ansprüchen nicht gerecht.

Kollege Arp, mit einer gewissen Irritation haben wir zur Kenntnis nehmen müssen, dass die CDU mittlerweile lieber den bekennenden A-20-Gegner Robert Habeck als Verkehrsminister hätte als den A-20-Fan Reinhard Meyer, der sich noch immer zu diesem Projekt bekennt. Ich erwarte ja wirklich nicht mehr viel von der ehemaligen Partei der sozialen Marktwirtschaft; aber das hat mich schon ein bisschen überrascht, Herr Kollege Arp. Das fand ich einigermaßen schräg.

(Beifall FDP - Zuruf CDU)

Bitte? - Ja. - Robert Habeck muss man immerhin eines zugutehalten: Erst durch seinen Einwand ist richtig deutlich geworden, dass die Erklärung von Minister Meyer, der Seeadlerhorst sei schuld für die erneute Verzögerung bei der Planung der A 20, nicht richtig stimmen kann. Dass das nicht richtig stichhaltig ist, haben wir auch in der sehr kuriosen Sitzung des Wirtschaftsausschusses gesehen, in der uns die beiden Minister Rede und Antwort gestanden haben.

Herr Habeck, ich kann ja verstehen, dass Sie da nicht so richtig mitspielten wollten. Ich finde zwar auch, dass beim Artenschutz an einigen Stellen übertrieben wird, insbesondere wenn auf Tiere mehr Rücksicht genommen wird als auf Menschen - das finde ich einigermaßen verstörend; das gilt insbesondere für diesen Fall, da bisher niemand diesen Vogel gesehen hat, dessen Nest jetzt geschützt werden soll -, der gemeinsame Auftritt war aber entlarvend: Der Minister, der für Wirtschaft und Verkehr zuständig ist, Herr Meyer, wollte uns erklären, dass bei ihm eigentlich alles wunderbar gelaufen ist. Ich frage mich nur, warum der Ministerpräsident den beiden Ministern kurz vor Heiligabend eine gemeinsame Ad-hoc-Lenkungsgruppe aufgedrückt hat, wenn das doch alles so gut gelaufen ist.

Die beiden Ministerien kommunizieren das unterschiedlich. Im Mai hat das Land von diesem **Seeadlerhorst** gewusst. Hätte man im Mai oder spätestens im August reagiert, hätte man in Sachen Umweltplanung und Verkehrsprognose keine Probleme mit den Fristen am Ende des Jahres bekommen. Herr Meyer, das ist deutlich geworden. Insofern sage ich: Hätten Sie gehandelt, hätten wir dieses Problem nicht. Man hätte sehr viel Zeit und vor allem sehr viel Geld gespart.

(Beifall FDP und CDU)

(Christopher Vogt)

Insofern sollte man sich dahinter nicht verstecken. Schleswig-Holstein braucht aus unserer Sicht keine weiteren Dolchstoßlegenden, die sich um den Verkehrsminister ranken, sondern endlich einen Neustart in der **Verkehrspolitik**. Den wird es früher oder später auch geben. Die Frage ist nur, ob mit Reinhard Meyer oder ohne ihn. Insofern, Herr Minister, werten Sie unseren Antrag heute als letzten Hoffnungsschimmer. Noch können Sie die Kurve kriegen. Der Antrag ist wirklich konstruktiv gemeint. Gehen Sie darauf ein!

Da ich keinen Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen gesehen habe und ich davon ausgehe, dass sie ihren Minister unterstützen, freue ich mich auf die Zustimmung zu unserem Antrag. - Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP und CDU)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Meine Damen und Herren, bitte begrüßen Sie mit mir jetzt den Landesvorsitzenden der Freundeskreise für Suchtkrankenhilfe, Wolfgang Gestmann. - Seien auch Sie herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Für die SPD-Fraktion hat jetzt Herr Abgeordneter Kai Vogel das Wort.

Kai Vogel [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Arp, wenn ich mit den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern im Hamburger Rand spreche, sagen sie mir fast ausnahmslos, dass sie über keine Gewerbeflächen mehr verfügen. Also so schlecht, wie Sie den Wirtschaftsstandort Schleswig-Holstein reden - Sie sagen immer, dass sich alle Firmen mit dem Gedanken tragen abzuwandern -, kann es um den Wirtschaftsstandort definitiv nicht stehen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wer in unserem schönen Bundesland viel unterwegs ist, weiß, wie es um unsere **Verkehrsinfrastruktur** bestellt ist: Es besteht ein erheblicher Sanierungs- und Erhaltungsbedarf; vielerorts besteht aber auch ein Bedarf an Neubauten. Die Koalition kennt die massiven Bedarfe und handelt bereits entsprechend: Im letzten Jahr hat die Landesregierung von den bereitgestellten Bundesmitteln in Höhe von 176 Millionen € 98 % verbaut. 2014 und 2015 wur-

den 160 km Landesstraßen saniert. Für die westliche Elbquerung gibt es einen Planfeststellungsbeschluss. Die A 7 wird sechsspurig ausgebaut. Mit der B 5 geht es voran. Ich könnte noch weitere Beispiele nennen.

Leider geht es nicht überall mit Quantensprüngen voran, auch wenn wir uns das wünschen. Die rechtlichen Rahmenbedingungen führen bis zur Realisierung des Planfeststellungsverfahrens zu sehr langen Genehmigungsverfahren. In einem Interview Ende Dezember hat Reinhard Meyer deshalb eine, wie ich finde, wichtige und richtige Debatte angestoßen. Seine Frage: Ist das historisch gewachsene deutsche **Planungsrecht** noch zeitgemäß und praktikabel?

Ich glaube, dass die FDP das fundamental falsch verstanden hat. Der vorliegende Antrag der FDP ist sprachlich geschickt formuliert. So entsteht der Eindruck, die Landesregierung müsse dem Landtag nur endlich einfach einen Gesetzentwurf vorlegen und die für uns wichtigen Infrastrukturprojekte könnten dann endlich wie von Zauberhand aus dem Boden schießen. Dem ist mitnichten so, und das wissen die Kollegen der FDP genau. So habe ich die Anregung des Ministers auch nicht verstanden.

Wenn Sie eine Möglichkeit zur deutlichen Beschleunigung von Straßenplanungen kennen, frage ich: Warum konkretisieren Sie dies dann nicht? Vermutlich wissen Sie es selbst nicht. Ich kenne nur die Möglichkeit, Fristen zu verkürzen, zum Beispiel die Ferienzeiten mit in die Auslegung der Pläne zu nehmen. Das bringt uns immerhin zwei Wochen.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter Vogel, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Vogt?

Kai Vogel [SPD]:

Ja, sehr gern.

Christopher Vogt [FDP]: Vielen Dank, Herr Kollege. - Gerade von ausgebildeten Lehrkräften nehme ich Lob in Sachen Formulierungen immer gern zur Kenntnis. Ich möchte sie aber darauf hinweisen, dass das, was wir hier vorschlagen, genau das ist, was der Minister angekündigt hat. Vielleicht anders als die SPD-Fraktion nehmen wir die Vorschläge des Verkehrsministers noch ernst.

(Beifall Dr. Heiner Garg [FDP])

(Kai Vogel)

- Ich bin verwundert über die Frage, die Sie gestellt haben. Natürlich nehmen wir die Vorschläge des Ministers ernst. Wir wissen auch, dass seit 2012 intensiv geschaut wurde, welche Möglichkeiten es gibt, um Planungsverfahren und andere Verfahren zu verkürzen. Je intensiver Sie in das Thema einsteigen, Herr Vogt, desto deutlicher stellen Sie fest: Auf der einen Seite besteht der Wunsch, dies wirklich zu tun, auf der anderen Seite sind die Möglichkeiten zur Realisierung aber begrenzt. Das ist etwas anderes. Bitte hören Sie mir weiter zu! Ich werde in meiner Rede noch auf die Punkte eingehen, an denen die Schwierigkeiten bestehen, warum das, was Sie sich wünschen, nicht so leicht zu realisieren ist.

(Christopher Vogt [FDP]: Das ist doch schön!)

Wir könnten bei Bürgerbeteiligungen und im Bereich des Umwelt- und Naturschutzes hinter die bisherigen Standards zurückgehen. Dies kann aber nicht ernsthaft in unserem Sinne sein. Das hilft uns nicht dabei, die Akzeptanz von großen Infrastrukturprojekten zu steigern. „Mehr Personal“ - das ist immer das erste Zauberwort der CDU. Sie wissen doch genau, dass wirklich gutes Planungspersonal nicht in Scharen auf dem Arbeitsmarkt vorhanden ist. Die Planungskapazitäten für die A 20 zusammenzufassen, haben Sie doch auch schon einmal im Rahmen der Initiative „A 20 - sofort“ gefordert. Alle Planer für die B 5, alle Planer für die A 21 und alle Planer für die S 21 abziehen - da sprechen Sie einmal mit den Bürgern vor Ort. Die erwarten sicherlich etwas ganz anderes, als dass nur noch die A 20 in den Fokus genommen wird. Da hilft auch die Auslagerung an externe Planer nicht weiter, die keine hoheitlichen Aufgaben übernehmen können.

Das letzte Zauberwort ist die **Bundesfernstraßengesellschaft**. Ich fasse einfach die Landesämter mit ihren Aufgaben auf Bundesebene zusammen. Dieses geballte Wissen und die immer weisen Entscheidungen aus Berlin ermöglichen angeblich ebenfalls ein Beschleunigen der Straßenbauprojekte.

Ich habe an dieser Stelle schon einmal von einem Termin mit dem LBV im Barkauer Land berichtet. Hier ging es um den Weiterbau der A 21 und die Konsequenzen für die Schüler- und Fahrradverkehre zwischen Boksee und Warnau. Hätten wir bereits jetzt diese propagierte Bundesfernstraßengesellschaft, so könnte ich mir nicht vorstellen, dass im fernen Berlin nicht nur mit Fachverstand, sondern auch noch mit Gespür für die Bürgerinnen und Bürger vor Ort eine kluge Entscheidung getroffen werden könnte. Ich mag mir nicht ausmalen, was ein

Bundesverkehrsminister, wenn er entscheiden sollte, ob eine Straße zwischen den Gemeinden Warnau und Boksee breiter ausgebaut werden sollte, persönlich dazu sagt. Kennt er überhaupt die A 21, wenn Sie ihn heute darauf ansprechen würden? Wüsste er, wo diese liegt? Sprechen Sie den Landesverkehrsminister auf das Barkauer Land an, weiß er genau, wo das ist und welche Interessen dort bestehen. Das ist gut so, und so soll es auch bleiben.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich schlage Ausschussüberweisung vor, damit wir im Ausschuss die vom Minister angestoßene Debatte auf sachlicher Grundlage und nicht mit aus der Luft gegriffenen Vorschlägen weiterführen können.
- Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Herr Abgeordneter Dr. Andreas Tietze das Wort.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Worüber reden wir heute? Über zwei Anträge von FDP und CDU. Der eine Antrag will beschleunigen; alles soll schneller werden. Der andere Antrag will auslagern. Dahinter stehen zwei Fragen: Können wir es schneller? Können es andere besser?

Zunächst zur Frage der **Beschleunigung**. Das, was vorgeschlagen worden ist, ist theoretisch denkbar. Aber ist es auch praktisch? Praktisch muss es mit 16 Bundesländern und mit dem Bund abgestimmt werden. Es betrifft internationales Recht und zahlreiche europäische Gesetzesbestimmungen. Es geht um Natura 2000, Artenschutzrecht und Umweltverträglichkeitsrecht. Also, wer hier beschleunigen will, ist schnell in der Gefahr, gleichzeitig auf Gas und Bremse zu stehen.

(Christopher Vogt [FDP]: Ihr Minister will auch beschleunigen!)

- Ja, wir können ja darüber reden. - Im Kern geht es um Folgendes: Wenn Beschleunigung gewünscht ist und man das machen will, dann müssen die zugrunde liegenden Daten stets aktualisiert werden, und dann müssen die Entscheidungen auf der Grundlage dieser Daten getroffen werden. Nichts

(Dr. Andreas Tietze)

anderes haben die beiden Minister gemacht, und nichts anderes ist jetzt Auftrag dieser Arbeitsgruppe.

Wer aber Beschleunigung wünscht - ich gehe einmal davon aus, die FDP würde keinen Antrag stellen, wenn sie dies nicht wünschen würde -, der muss auch die Fragen beantworten: Will man Bürgerrechte einschränken? Will man Eigentumsrechte einschränken? Will man Zugangsrechte zu Informationen abbauen? Möchte man weniger Trinkwasserschutz? Möchte man mehr Lärm und weniger Gesundheit für die Menschen? Möchte man UVP-Gesetze abschaffen? Möchte man Wasserrahmenrichtlinien ändern? Möchte man das BImSchG ändern? Und so weiter und so fort.

Alle Änderungen, die vorgeschlagen werden, dürfen unserer Auffassung nach nicht zu einer Verkürzung der Mitwirkungsrechte und zu einer Einschränkung von Klagerechten führen. Alle, die das wollen, müssen sagen: Ja, wir wollen Klagerechte einschränken. Ja, wir wollen Mitwirkungsrechte einschränken.

(Christopher Vogt [FDP]: Ja, so ist es!)

Diese Debatte bedeutet dann aber auch: Dem Bau der **A 20** wird alles andere untergeordnet, Menschen, Tiere, Gesundheit, Nahrung, Trinkwasser, Artenschutz, Klima, Landschaft, Kulturgüter.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Christopher Vogt [FDP]: So ein Unsinn!)

Versuchen Sie einmal, mit dieser Politik bei jungen Menschen in unseren Schulen Eindruck zu schinden. Sie werden mit Schimpf und Schande vom Hof gejagt.

(Klaus Schlie [CDU]: Das ist schwarz-weiß!)

Nein, meine Damen und Herren, Großvorhaben scheitern nicht am **Artenschutz**, nicht an den Grünen oder an Naturschutzbelangen. Nein, der Artenschutz steht hier nicht im Fokus. Der Artenschutz ist kein Verhinderungsrecht. Das habe ich zumindest von meinem Minister Habeck in der Debatte gelernt.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Dr. Tietze, erlauben Sie eine Zwischenbemerkung des Herrn Abgeordneten Vogt?

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja, bitte schön, gern.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Bitte schön, Sie haben das Wort.

Christopher Vogt [FDP]: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Tietze. - Das Schöne ist ja, dass Sie das, was Sie uns jetzt unterstellen und vorwerfen, gleichzeitig auch dem eigenen Minister unterstellen, den Sie nach meiner Kenntnis immer noch stützen. Aber ich wollte eigentlich etwas anderes fragen.

Meinen Sie nicht auch, dass es für die Menschen vielleicht eher ein Problem ist, wenn ein Projekt, das seit Jahrzehnten einen so großen politischen Rückhalt hat, nicht wirklich vorankommt? Meinen Sie nicht auch, dass das langsam ein demokratietheoretisches Problem geworden ist, oder ist Ihnen das egal?

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Nein, das ist uns keinesfalls egal. Ich will an der Stelle auch einmal sagen: Ihre Unterstellung, dass ich hier etwas gegen Herrn Meyer vortrage, ist völliger Unsinn. Auch Herr Meyer hat sich in dieser Diskussion klar und deutlich zu den qualitativen Normen und zum Artenschutzrecht bekannt. Er hat gerade gesagt, weil er an dieser Stelle solide plant, weil Qualität und Gründlichkeit für ihn an erster Stelle stehen, ist er in dieser Frage gründlich vorgegangen.

Ich will auch erwähnen, dass ich von der CDU ein bisschen enttäuscht bin.

(Zurufe CDU: Oh!)

Wir haben ja durchaus einmal einen gemeinsamen Antrag vorgelegt, in dem wir gesagt haben, wir brauchen in der Bundesrepublik Deutschland eine Infrastrukturgesellschaft; wir brauchen Planen und Bauen aus einer Hand und müssen die finanziellen Grundlagen dafür schaffen. Das ist ein interessanter Ansatz. Wir verweigern uns dieser Idee nicht.

(Beifall Hans-Jörn Arp [CDU])

Aber ich habe in Ihrem Antrag gelesen, dass Sie eine strategische Uminterpretation vornehmen, indem Sie nämlich sagen: Schneller heißt für uns Neubau vor Ausbau. Das steht in Ihrem Antrag drin. Wenn Sie aber Neubau vor Ausbau wollen - das kann man ja tun -, dann stoppen Sie gleichzeitig den Verkehr in Deutschland; denn das Problem in Deutschland liegt nicht beim Neubau, sondern beim Ausbau.

(Dr. Andreas Tietze)

Wir stehen im Stau, weil wir zu viele zu schlechte **Straßen** haben. Wenn Sie jetzt Neubau vor **Ausbau** postulieren, dann sagen Sie: Wir wollen die A 20 und andere Neubauprojekte voranstellen, und der Ausbau ist uns egal. - Dann müssen Sie den Leuten aber auch erklären, warum weiterhin Straßen kaputt sind und warum wir weiterhin im Stau stehen. Das ist alles Schnellschuss. Wir führen ja gefühlt die 43. Debatte um die A 20.

Ich will Ihnen auch noch einmal Folgendes sagen, Herr Kollege Arp. Sie haben mich ja direkt darauf angesprochen, dass wir 79 Millionen € in Berlin nicht abgerufen haben. Wir haben damals gesagt - diese Auffassung haben wir heute noch -, dass es keinen Sinn macht, einen Autobahnstummel in die Landschaft zu setzen.

(Christopher Vogt [FDP]: Das will ja auch niemand!)

Es macht doch keinen Sinn, die verkehrliche Attraktivität der **A 20** darauf zu reduzieren, dass wir 7 km Autobahn in Hohenfelde in der Pampa haben und niemand darauf fährt. Unser Ziel war es - dazu stehen wir auch koalitionstreu -, die A 20 bis zur A 7 zu bauen, und zwar auch und gerade mit grüner Unterstützung in der Regierungsverantwortung.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Im nächsten Jahrhundert!)

- Lieber Herr Kollege Arp, ich stehe nicht jeden Morgen auf

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Doch!)

und frage mich, was ich tun muss, um die A 20 zu verhindern. Ich habe auch keine Schuhkartons voll Haselnusmäusen in meinem Garten, die ich an der Strecke verbuddle, und ich habe auch nicht im Internet die Bauanleitung für einen Adlerhorst heruntergeladen, um die A 20 zu verhindern. Wenn Sie das zur Kenntnis nehmen würden, könnten wir uns vielleicht darauf einigen, dass unser Interesse ist, hier gemeinsam - -

(Christopher Vogt [FDP]: Das Schlimme ist, dass Sie das betonen müssen!)

- Nein, Entschuldigung. Das ist ja das, was Sie in Ihren Presseerklärungen ständig tun. Sie stellen uns ständig in die Verhinderungsecke.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Ende.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Das sind Stereotypen. Das sind Kalauer auf IHK-Versammlungen. Aber das ist für mich keine seriöse Politik. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Piratenfraktion hat Herr Abgeordneter Uli König das Wort.

Uli König [PIRATEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich bin gespannt darauf zu erfahren, ob man Adlerhorste schon im 3D-Drucker ausdrucken kann.

(Unruhe - Glocke Präsident)

Das würden die Grünen dann bestimmt gern nutzen.

(Heiterkeit und vereinzelter Beifall PIRATEN)

Nachdem der Wirtschaftsausschuss in den letzten Sitzungen über verlassene Eier in einem Adlerhorst debattiert hat, reden wir hier und heute über ungelegte Eier. Wir debattieren über ein **Verkehrsbeschleunigungsgesetz**, von dem noch keiner weiß, ob es kommt und wie es genau aussehen wird. Ob das nun eine sinnvolle Verwendung von Steuermitteln ist, sei einmal dahingestellt. Fakt ist: Wir alle können über die Inhalte eines solchen Gesetzesvorhabens nur spekulieren.

Eine Möglichkeit, die Verfahren zu beschleunigen, bestünde in der Verkürzung der **Klagewege**, das heißt im Aussetzen der ersten Instanz beim OVG Schleswig und der direkten Ansprache des Bundesverwaltungsgerichts in Leipzig. Sehr geehrte Damen und Herren, das sehen wir PIRATEN als ein Problem an. Dabei geht die Ortsnähe verloren. Das OVG Schleswig mag über das eine oder andere Vorhaben in unserem Land doch besser Bescheid wissen als das Bundesverwaltungsgericht. Außerdem bedeutet eine Verkürzung der Klagewege auch eine erhöhte Wahrscheinlichkeit fehlerhafter Entscheidungen. Fehlerhafte Gerichtsurteile können wir uns nicht leisten.

Eine weitere Möglichkeit wäre die Abschaffung des Verbandsklagerechts. Hier halte ich es wie Minister

(Uli König)

Meyer, der in einem Interview mit dem „sh:z“ sagte:

„Ich gehöre auch nicht zu denjenigen, die sofort nach einer Abschaffung der Verbandsklage rufen, weil sie glauben, dann werde alles besser. Das wird nicht funktionieren.“

Herr Minister, das können wir so unterschreiben.

(Vereinzelter Beifall PIRATEN)

Wir begrüßen auch die Ausführung des Ministers zum Thema **Bürgerbeteiligung**, die der Minister nicht infrage stellt. Wer von Vorhaben betroffen sei, der müsse auch beteiligt werden. Bürgerbeteiligung müsse es geben. - Herr Minister, hier haben Sie unsere volle Zustimmung, danke dafür.

(Beifall PIRATEN)

Eine **Verfahrensbeschleunigung** erreicht man nicht durch Einschränkung der Bürgerbeteiligung oder durch Ignorieren maßgeblicher Einwände. Das hat die Vergangenheit eindrücklich gezeigt.

(Beifall PIRATEN)

Erinnern wir uns an die Segeberger Fledermausaffäre. Alle Probleme waren vorher schon bekannt. Naturschutzverbände haben auf sämtliche Probleme, die für das Gerichtsurteil maßgeblich waren, hingewiesen. Die Landesregierung wollte die Probleme nur nicht wahrhaben. Sie haben die Naturschutzverbände nicht ernst genommen und deren Einwendungen einfach ignoriert. Herr Minister, da drängt sich die Frage auf, ob tatsächlich herrschende Gesetze Ihr Problem sind oder ob es nicht vielmehr fehlerhafte Entscheidungen der Regierung beziehungsweise der Planungsbehörden waren, die zu immer neuen Verzögerungen geführt haben.

(Beifall PIRATEN)

Wenn Sie die Beteiligungsverfahren lediglich preisen, die Einwendungen aber nicht ernst nehmen, dann wird es auch in Zukunft immer wieder neue Klagen regnen, ob Sie nun ein Verkehrsbeschleunigungsgesetz auf den Weg bringen.

Es stellt sich auch die Frage, ob es kleine Tiere sind, die Ihre Arbeit schwieriger machen. Herr Meyer, Sie haben nach dem Fledermausdesaster immer das Mantra „Gründlichkeit vor Schnelligkeit“ beschworen. Finden Sie es da nicht auch bemerkenswert, dass eine der obersten Landesbehörden im Mai vergangenen Jahres den Adlerhorst schon kannte, dass aber die Info nicht sofort weitergegeben wurde? Nach all den Verzögerungen wegen böser kleiner Tiere würde man doch erwarten,

dass eine solche Info sofort weitergegeben wird, oder nicht?

(Beifall PIRATEN)

Zum Glück haben Sie jetzt eine interministerielle Arbeitsgruppe gegründet, die die Informationsflüsse zwischen den Ministerien verbessern soll. Hoffen wir, dass dies hilft, dass derlei Kommunikationsunfälle der Vergangenheit angehören.

Nicht zuletzt sei hier noch einmal deutlich festgehalten, dass Sanierung ohne Planfeststellung geht. Nicht die Neuvorhaben sind das Problem dieses Landes, es ist der Zustand der vorhandenen **Infrastruktur**. Wir alle wissen, wie schlecht es um den Zustand der Straßen in unserem Land bestellt ist. Wir haben dieses Thema in dieser Legislaturperiode im Plenum nicht nur einmal debattiert. Es gibt Vorhaben, die dringend und sehr schnell geplant und umgesetzt werden müssen. Ich denke da an die **A 21** zwischen Bad Segeberg und Bad Oldesloe. Dort stehen jetzt 100 Schilder wegen Straßenschäden. Diese Schäden werden nicht beseitigt. Der Kollege Koch kann ein Lied davon singen. Ich glaube, wir haben Glück, dass er seine Stoßdämpfer dem Land noch nicht in Rechnung stellen kann, sonst hätte er das wahrscheinlich schon lange gemacht.

(Beifall PIRATEN und vereinzelt CDU)

Die heute geführte Diskussion geht insofern in gewisser Hinsicht am Kernproblem der Infrastruktur in diesem Land vorbei. Diese ist in einem miserablen Zustand. Herr Meyer, für Sanierungsvorhaben bedarf es keiner Gesetzesänderungen. Nutzen Sie in diesem Sinne das kommende Jahr, um mit Experten über zügige Umsetzungen notwendiger Sanierungsvorhaben nachzudenken. - Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall PIRATEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Abgeordneten des SSW hat jetzt Herr Abgeordneter Flemming Meyer das Wort.

Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Es ist nicht das erste Mal, dass wir hier im Landtag darüber debattieren, wie große **Infrastrukturmaßnahmen** zügiger geplant werden können, um sie schneller der Baureife zuführen zu können, damit die Bagger endlich anrollen können. Angesichts der teilweise langen Planungszeiten ist

(Flemming Meyer)

es durchaus nachvollziehbar, wenn gefordert wird, **Planungsverfahren** zu beschleunigen, um Projekte voranzutreiben. Die Frage ist aber: Wie sollen die Verfahrensbeschleuniger aussehen? Welchen Weg wollen und können wir gehen? Schließlich handelt es sich hierbei nicht ausschließlich um Landesrecht. Viele der rechtlichen Grundlagen sind Bundes- oder EU-Vorgaben.

Forderungen, die Entscheidungswege zu beschleunigen, die Planfeststellungsverfahren zu optimieren, den Rechtsweg zu straffen oder bei kleineren Maßnahmen womöglich gänzlich auf Planungsschritte zu verzichten, sind plakativ. Sie hören sich so schön einfach an. Die bestehenden rechtlichen Vorgaben sind aber nicht einfach vom Himmel gefallen. Sie gründen auf politischen Mehrheitsbeschlüssen, die durchaus ihre Berechtigung haben. Wenn man aber eine Änderung bestehender Gesetze wünscht, dann müssen diese auf den politischen und rechtlichen Prüfstand. Dies wäre aus Sicht des SSW ein aufrichtiger Umgang mit bestehenden Gesetzen.

In diesem Kontext sehe ich den Vorstoß von Minister Meyer herauszufinden, welche Maßnahmen ergriffen werden können, um bei der Umsetzung größerer Infrastrukturprojekte wieder schneller zu werden. Dabei halte ich es durchaus für angemessen, die bestehenden Standards mit Standards aus anderen Ländern zu vergleichen.

Ich möchte aber deutlich sagen, dass es dabei nicht darum gehen kann, das Klagerecht einzudampfen. Öffentlichkeitsbeteiligung muss sein. Öffentlichkeitsbeteiligung ist in einem Planfeststellungsverfahren das A und O in einem solchen Verfahren. Nur so wird gewährleistet, dass sich betroffene Bürgerinnen und Bürger frühzeitig einbringen können, um entsprechend Gehör zu finden. Dazu gehört dann auch das Recht zu klagen.

(Beifall SSW, vereinzelt SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da wir wissen, wie umfangreich Großprojekte sind, hat der einzelne Bürger kaum eine Möglichkeit, die Materie komplett zu bearbeiten. Daher halte ich es für richtig, dass es auch das Verbandsklagerecht gibt. Diese Rechte zu beschneiden, halte ich daher für den falschen Weg. Nur durch die frühzeitige Beteiligung können sich betroffene Bürgerinnen und Bürger einbringen, um entsprechend Gehör zu finden. Dass diese Beteiligungsmöglichkeit genutzt wird, macht deutlich, wie unterschiedlich die Interessen des Gemeinwohls gesehen werden können.

Ich halte es aber auch aus dem Grund für notwendig, weil der Bürgerwille wichtig ist für die **Akzeptanz** von Großprojekten. Vorgehensweisen wie beim Dialogforum zur festen Fehmarnbelt-Querung machen deutlich, dass solche neuen Wege durchaus ein richtiger Weg sein können, die Bevölkerung vor Ort besser, schneller und effektiver mitzunehmen. Auch wenn Klagen damit nicht verhindert werden, können solche Maßnahmen dazu beitragen, sie zu verringern.

Unterm Strich kann ich sagen: Gerichtsverfahren sind eine legitime Kontrolle der Verwaltung. Wenn Planfeststellungsbeschlüsse von Gerichten aufgehoben werden, dann liegt dies nicht am Kläger, sondern an der Sturheit derer, die an rechtswidrigen Plänen festgehalten haben. Um eine hohe Akzeptanz von Planungen zu erreichen, sind neben der frühzeitigen Beteiligung von Bürgern und Verbänden auch transparente Verfahren und eine Offenheit hinsichtlich der Alternativen zur Lösung der Verkehrs- und Umweltprobleme notwendig. - Jo tak.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Weitere Wortmeldungen aus dem Plenum liegen nicht vor. Jetzt hat die Landesregierung das Wort. Es spricht der Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie, Reinhard Meyer.

Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich zu Beginn noch einmal drei Punkte zur **A 20** nennen, denn ich glaube, es ist ganz wichtig, zum siebten Abschnitt noch einmal klar zu sagen, was da eigentlich passiert ist.

Erstens. Ich habe nie und an keiner Stelle behauptet, der Adler oder der Adlerhorst seien allein schuld, sondern: Dies allein bedeutet eine Verzögerung von sechs bis acht Monaten. Das war ein Dominostein, der im Verfahren andere Dinge ins Stolpern gebracht hat: die Nachkartierung, die alle fünf Jahre geschehen muss, eine neue Verkehrsprognose. Daher die Verzögerung um zwei Jahre.

Zweitens. Ich trage die Verantwortung dafür, diese Entscheidung getroffen zu haben. Es ist eine Abwägungsentscheidung zu sagen: „Gründlichkeit vor Schnelligkeit“, weil ich genau vor der Situation stand, die im Abschnitt Bad Segeberg meine Vorgänger hatten. Sie haben anders entschieden, und

(Minister Reinhard Meyer)

Sie sehen, wo wir gelandet sind, nämlich vor Gericht.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Drittens. Wenn immer die Mär davon geht, dass da so viel Geld verloren gegangen sei, das der Bund eingestellt hat - auch die Vorgängerregierung hat sämtliche Planungsaktivitäten auf die A 20 gleichzeitig konzentriert, weil man darauf spekuliert hat, dass das Geld im Bereich Bad Segeberg fließen kann. Weil man es schlecht vorbereitet und eine Abwägungsentscheidung in die andere Richtung getroffen hat, nämlich Schnelligkeit vor Gründlichkeit, ist dieses Geld nicht geflossen. Das ist die Wahrheit, meine Damen und Herren von der CDU.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Sie werden mir verzeihen, dass man in den verbleibenden drei Minuten nicht auf die gesamte Debatte eingehen kann.

(Christopher Vogt [FDP]: Sie haben genug Redezeit!)

Ich möchte noch einmal deutlich machen, dass wir uns die Fragen stellen müssen: Kann Schleswig-Holstein, kann Deutschland eigentlich noch **Infrastruktur**? Haben wir noch Zutrauen für Großprojekte? Warum dauert das in Deutschland mit den Verkehrswegen alles so lange? Und vor allen Dingen: Wie ändern wir das?

Dazu fünf Erkenntnisse. Erste Erkenntnis: Wir haben beim Thema Erhalt und Sanierung eigentlich kein Zeitproblem, wir haben aber ein Problem bei Neubautrassen, die in Deutschland bei Verkehrsprojekten angepeilt werden. Dazu gehört ein Rechtsrahmen, der vorgegeben ist, der durch EU-Recht vorgegeben ist, den wir kaum ändern können - das ist anders als in den 90er-Jahren beim Verkehrswegebeschleunigungsgesetz für den Aufbau Ost -, viel EU-Recht, das wir umsetzen müssen, das wir kaum ändern können.

Wir haben eine zweite Erkenntnis: Wir haben wenig Spielraum beim Rechtsrahmen, vor allen Dingen wegen der EU-Vorgaben.

(Zurufe)

- Herr Koch, ich komme gleich zu den Fragen. - Die Frage ist natürlich: Warum sind EU-Länder wie Dänemark oder die Niederlande schneller und besser als Deutschland? Das liegt vor allen Dingen am Thema Planung und daran, wie wir Planung beschleunigen können.

Dazu die dritte Erkenntnis: Wir brauchen **Planungsbeschleunigung** in Deutschland. Ich habe meine Experten gebeten, mit externem Sachverständigen Vorschläge vorzulegen. Wir werden auch darüber reden müssen, warum uns Planänderungsverfahren so viel Geld kosten. Beim siebenten Abschnitt der A 20 ist 2007 mit der Planfeststellung begonnen worden; Herr Arp, Sie wissen das.

Wir müssen auch darüber reden, wie wir Instanzenwege verkürzen können, und wir müssen auch über die Optimierung von Auftragsverwaltung und Bund und Ländern reden. Ja, meine Damen und Herren, auch darüber müssen wir sprechen.

(Beifall Lars Harms [SSW])

Vierte Erkenntnis: Mehr Zentralismus ist kein Ausweg. Weder eine Bundesfernstraßengesellschaft - in welcher Form auch immer - noch andere Konstrukte werden uns nennenswert weiterhelfen, wenn wir die Grundfragen der Planungsbeschleunigung nicht gelöst haben. Das gilt im Übrigen auch für ÖPP-Projekte.

Fünfte Erkenntnis: Ohne ausreichendes Personal, ohne ausreichende Planungsmittel werden wir den Investitionshochlauf bei Bund und Land nicht umsetzen können. Daran arbeiten wir. Wir setzen das Bundesgeld 2015 um, wir setzen das Bundesgeld auch 2016 um. Wir haben bei den **Landesstraßen** für 2014 und 2015 doppelt so viel Mittel für Erhaltung und Sanierung in der Umsetzung wie in den Jahren 2010 und 2011. Wir sind dabei, wieder Planungspersonal einzustellen. Wir wollen ebenso die Werkvertragsmittel erhöhen, damit wir die Projekte tatsächlich umsetzen können.

Meine Damen und Herren, viele Stellschrauben, das sind dicke Bretter, die wir zur Planungsbeschleunigung bohren müssen. Es gibt viel zu tun. Wir werden es anpacken, und Sie werden es sehen. - Danke.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Es ist beantragt worden, die Anträge Drucksachen 18/3737 (neu) und 18/3739 dem Wirtschaftsausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Das ist gegen die Stimmen der FDP mit den Stimmen aller anderen Fraktionen überwiesen.

(Vizepräsident Bernd Heinemann)

Ich rufe jetzt die Tagesordnungspunkte 11 und 24 auf:

Gemeinsame Beratung

a) Industriestandort Unterelbe stärken und weiterentwickeln

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/3693

b) Zukunftsfähige Weiterentwicklung des Industriegebiets Unterelbe

Antrag der Fraktionen von CDU und FDP
Drucksache 18/3738 (neu)

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Für die Antragsteller hat jetzt der Herr Abgeordnete Detlef Matthiessen für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Vielen Dank, Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Schleswig-Holstein klingt nach Urlaub und schönen Kühen, Glücksland zwischen den Meeren. An Industrie denkt man zunächst einmal nicht. Dabei hat der echte Norden mit der **Industrieregion Unterelbe/Brunsbüttel** ein echtes Schwergewicht, ein Industriegebiet von 2000 ha Fläche mit 450 ha Erweiterungsfläche. In Kombination mit Industrie- und Seehäfen und dem Kanal hat es Zugang zu Hamburg, Ostsee und den Weltmeeren. Dieser Standort findet aufgrund dieser Parameter nicht so schnell seinesgleichen.

Ein weiteres Alleinstellungsmerkmal ist das große Angebot an erneuerbaren Energien an der Westküste. Hier kommt die Erzeugung sehr großer Mengen Strom, vor allem aus Windenergie, zusammen mit sehr großen Energieverbrauchern aus der Industrie.

Mit dem Netzwerk Norddeutsche Energiewende 4.0 haben sich Wissenschaft und Wirtschaft mit Unterstützung der Politik zusammengeschlossen, um theoretische Modelle in der Praxis weiterzuentwickeln und anzuwenden. An dieser Stelle möchte ich die Arbeit des Wirtschaftsministeriums und des Energiewendeministeriums hervorheben und auch der vielen Akteure in Hamburg und Schleswig-Holstein.

Herr Ministerpräsident, die Landesregierung hat hier erfolgreich ein großes Stück Arbeit abgeliefert.

Gestern Abend hatten wir im Landtag den sehr gut besuchten Neujahrsempfang der erneuerbaren Energien mit BWE und ARGE Netz als Gastgeber. Passend zu dem Thema, das wir eben diskutiert haben, hat Staatssekretär Dr. Nägele dort in seinem Grußwort völlig zu Recht die Chancen für die Wirtschaft im hohen Norden durch die **Energiewende** betont. Und seit gestern Abend ist es kein Geheimnis mehr: Der Staatssekretär hob auch die sehr gute Zusammenarbeit beider Häuser, von Minister Meyer und Minister Habeck, hervor.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW - Christopher Vogt [FDP]: Sehr glaubwürdig!)

NEW 4.0 sagt von sich selber: Der Zusammenschluss von Hamburg und Schleswig-Holstein bildet eine optimale Modellregion für das vom Bundeswirtschaftsministerium ausgeschriebene Förderprogramm „Schaufenster intelligente Energie“ mit dem Schwerpunkt Wind. Mit einem rechnerischen Anteil erneuerbarer Energien von 40 % befindet sich die Region bereits heute dort, wo die Bundesrepublik gemäß Ausbaukorridor 2025 stehen soll.

Die Modellregion muss dabei Ungleichgewichte in der Erzeugung und Lastsituation beherrschen. Während in Hamburg ein großer Verbrauchsschwerpunkt liegt, in dem lediglich 3 % des Bedarfs durch erneuerbare Energien bereitgestellt werden, kann Schleswig-Holstein seinen Bedarf rein rechnerisch fast vollständig aus regenerativen Energien abdecken und wird damit immer häufiger zum Stromexporteur.

Mit zahlreichen Anbindungen über Übertragungsnetze und Offshore-Windparks sowie aufgrund der zentralen geographischen Lage zwischen den Verbrauchszentren im Süden und den Speicherkraftwerken Skandinaviens im Norden entwickelt sich die Region auch auf internationaler Ebene zu einer Energiedrehscheibe Nordeuropas.

Es ist wirklich hochehrfrohlich, dass sich diese Initiative im Wettbewerb um das Förderprogramm „Schaufenster intelligente Energie“ an die Spitze der Republik setzen konnte. Das ist der Beharrlichkeit und dem hohen fachlichen Niveau zu verdanken. Vielen Dank an dieser Stelle an Professor Peter Gulde vom Fraunhofer Institut ISIT in Itzehoe, der als Spiritus Rector ein wichtiger Akteur dieses Erfolges ist. Wie beeindruckt auch Berlin war, zeigt sich daran, dass das Bundesministerium die Fördersumme von 80 Millionen auf 230 Millionen € angehoben hat.

(Detlef Matthiessen)

Herr Minister Meyer, in der Wirtschaft spricht man ja mitunter von Hidden Champions, von sehr erfolgreichen Unternehmen, die nur wenig bekannt sind. So ein versteckter Sieger ist NEW 4.0: wenig bekannt, aber ein wichtiger Erfolg in der Arbeit der Küstenkoalition.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Meine Damen und Herren, erfreulich ist ebenfalls, dass eine neue Fähre zwischen Brunsbüttel und **Cuxhaven** verkehrt. Damit verbinden sich zwei wichtige Wirtschaftsräume. Cuxhaven hat gerade einen großen Ansiedlungserfolg gelandet mit Siemens, Fertigung von Maschinenhäusern, Investitionen von 200 Millionen € und bis zu 1.000 neuen Arbeitsplätzen.

Im Zuge der Ausschreibung Netz West im Schienennahverkehr werden wir auch einen Schnellbus Brunsbüttel-Itzehoe im Stundentakt fahren lassen, also eine starke, schnelle, neue Linie.

(Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Oliver Kumbartzky [FDP])

Dies wird in Brunsbüttel auch die neue Elb-Link-Fähre mit anbinden. So entsteht auch für den öffentlichen Personenverkehr eine interessante Verbindung von Itzehoe und Brunsbüttel nach Cuxhaven und weiter nach Bremen.

Herr Arp, hören Sie zu: ein gutes Stück westliche Elbquerung hier sofort pragmatisch und ohne große Kosten.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Kommen Sie bitte zum Ende.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich warte eigentlich immer noch darauf, dass der verkehrspolitische Sprecher der CDU-Fraktion hier einmal unterstützende Worte findet.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Fahr doch mal nach acht Uhr rüber!)

Industriepolitik in Schleswig-Holstein, gute Arbeit, Produktivität, Innovation, Chancen für die Energiewende erkennen und nutzen, Ökonomie in Übereinstimmung mit ökologischen Zielen weiterentwickeln - das ist unser Ziel. Die Küstenkoalition hat diese Aufgabe neu definiert. Wir schauen nicht nur zu, wir machen aktive Industriepolitik für unser Land.

Zum Verfahren: Wir wollen beide Anträge an den Wirtschaftsausschuss überweisen. - Danke schön für die Aufmerksamkeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die CDU-Fraktion hat jetzt Herr Abgeordneter Johannes Callsen das Wort.

Johannes Callsen [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir erleben in Deutschland eine insgesamt erfreuliche gesamtwirtschaftliche Situation, auch in Schleswig-Holstein, die durch die gute Situation bei uns im Mittelstand getragen wird. Gleichzeitig allerdings muss man auch sehen, dass die besonders florierende industrielle Wertschöpfung in ganz Deutschland mittlerweile an Schleswig-Holstein fast vollständig vorbeigeht. Schleswig-Holstein ist industriepolitisch zumindest ein Schwachpunkt in Deutschland. Das liegt - das sage ich ausdrücklich - nicht an der Industrie in diesem Land, sondern, Herr Meyer, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Koalition, das liegt an Ihrer Industrie- und Ihrer Wirtschaftspolitik, die Sie in Schleswig-Holstein betreiben.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Wenn man sieht, dass der Anteil der **Industrie** an der Bruttowertschöpfung seit 2012 - das ist das Antrittsjahr Ihrer Regierung - gesunken ist, dass der Umsatz der Industrie in Schleswig-Holstein in den ersten Quartalen 2015 um 9 % zurückgegangen ist, dann sind das schon alarmierende Zahlen. Herr Minister Meyer, Sie haben nach über einem Jahr Vorbereitung im vergangenen November 2015 Ihre industriepolitischen Eckpunkte gemeinsam mit der Wirtschaft und den Gewerkschaften vorgestellt. Wir haben hier darüber auch beraten. Ich muss nach wie vor sagen: Der große Wurf war das wirklich nicht. Das sagen im Übrigen auch die Betroffenen aus der Industrie selber, denn konkrete Ziele, etwa zum Weiterbau der **A 20** und der westlichen **Elbquerung**, sucht man in diesem Papier vergeblich. Von Gerhard Stoltenberg ist der Spruch überliefert, dass er bei einem solchen deplatzierten Papier gesagt hätte: ein guter erster Entwurf.

Umso mehr geht es jetzt darum, die Eckpunkte, die Sie formuliert haben, weiterzuentwickeln, wirklich mit Taten zu erfüllen und in die Realität umzusetzen. Da hat natürlich der ChemCoast Park Brunsbüttel als Verbund der ansässigen Industriebetriebe

(Johannes Callsen)

an der Unterelbe eine ganz besondere Stellung mit 19 Großbetrieben, 4.300 direkt Beschäftigten, 350 Ausbildungsplätzen und über 12.500 mittelbar Beschäftigten. Das ist die Wirtschaftskraft in dieser Region.

(Wortmeldung Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Ich freue mich, Herr Kollege Tietze und Herr Kollege Matthiessen, dass wir uns offenbar einig sind, was die Bedeutung von **Brunsbüttel** angeht. Allerdings geht uns Ihr Antrag an mancher Stelle nicht weit genug und ist nicht konkret genug.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Tietze?

Johannes Callsen [CDU]:

Ja.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Vielen Dank, Herr Kollege. - Ich habe mich zu Wort gemeldet. Wir waren gemeinsam auf der Tagung. Sie haben gesagt, die Betroffenen fänden das Konzept nicht gut oder hätten es abgelehnt. Sie hatten es schon ein bisschen in Ihrer Presseerklärung zu dieser Tagung angedeutet. Wahrscheinlich waren wir auf unterschiedlichen Tagungen. Ich habe eine große Übereinstimmung bei den Akteuren zu diesem Eckpunktepapier gesehen. Ich habe geradezu fast euphorisch wahrgenommen, dass sich hier auch Gewerkschaften und Unternehmer an einen Tisch setzen, dass alle an einem Strang ziehen, dass sehr deutlich gemacht worden ist, dass hier ein Impuls ausgegangen ist. Ich habe in den Kaffeepausen in den Gesprächen mit vielen Unternehmensvertreterinnen und -vertretern gerade aus Brunsbüttel gesprochen, und alle haben gesagt: eine notwendige, eine richtige Entscheidung, endlich geht es voran. Deshalb möchte ich es nicht so im Raum stehen lassen, wenn Sie sagen: Die wollen das eigentlich gar nicht, und irgendwie fanden die das gar nicht so gut. - Das spricht sich hier so leicht und locker aus, aber es entspricht einfach nicht den Tatsachen.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Johannes Callsen [CDU]:

Herr Kollege Dr. Tietze, wir waren in der Tat auf derselben Veranstaltung in Brunsbüttel, ich habe allerdings die Euphorie, die Sie - ich weiß nicht, wo - gespürt haben, nicht gespürt.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: In der Kaffeepause!)

- Vielleicht in der Kaffeepause! Im Unterschied zu Ihnen ist es bei uns so, dass wir auch nach diesem Kongress mit den Industrievertretern in Schleswig-Holstein sprechen. Da ist die Meinung relativ einhellig.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Der ChemCoast Park in Brunsbüttel erstreckt sich von Lägerdorf über Itzehoe, Glückstadt über Brunsbüttel, über Friedrichskoog bis nach Hemmingstedt und bedarf somit auch einer guten **Infrastruktur** zur logistischen Vernetzung. Da muss ich dann doch noch einmal auf das Thema zurückkommen, das uns eben bewegt hat, nämlich das Thema A 20. Herr Meyer, was Sie sich bei der A 20 im letzten Jahr geleistet haben, Sie als Wirtschaftsminister, Sie als Verkehrsminister, aber auch Sie als angeblich größter Fan der A 20, das ist schon wirklich eine glatte Sechse.

(Beifall CDU und Oliver Kumbartzky [FDP])

Was im Wirtschaftsausschuss sehr deutlich geworden ist, war die Tatsache, dass es eben kein Problem des Artenschutzes ist, sondern dass es ein Problem Ihres Behördenversagens ist. Sie haben mit diesem Versagen dem Industriestandort Schleswig-Holstein nachhaltig geschadet.

(Vereinzelter Beifall CDU und Beifall Oliver Kumbartzky [FDP])

Deshalb auch noch einmal an dieser Stelle das Stichwort Infrastruktur: Wir brauchen den Ausbau der **B 5** auf drei Spuren, auch unter Berücksichtigung der Qualität der Verkehre, weil es eben auch auf dieser Strecke um den Transport schwerer Güter geht. A 20 und westliche Elbquerung sind von elementarer Bedeutung. Das habe ich erwähnt. Nicht zuletzt braucht die Region Unterelbe eine bedarfsgerechte Modernisierung der Schieneninfrastruktur zur Stärkung des Güterverkehrs in der Region.

Die Voraussetzungen an der Unterelbe sind eigentlich hervorragend: Die geografische Lage an den Häfen an der Elbe und am Nord-Ostsee-Kanal sind ein Alleinstellungsmerkmal, Erweiterungsflächen für Ansiedlungswillige sind überall in der Unterel-

(Johannes Callsen)

beregion vorhanden. Ich erwähnte ausdrücklich auch die Kooperation der Region mit dem Hamburger Hafen.

Zu erwähnen ist auch die Vision eines Technologie- und Forschungsstandorts für die Großanwendungen zur Wandlung der erneuerbaren Energien von Elektrizität in Gase, gerade am Netzknoten Brunsbüttel scheint mir das zumindest nachdenkenswert.

Herr Meyer, Aufgabe der Landesregierung ist es, gemeinsam mit den Akteuren vor Ort die **Industrieregion Unterelbe** zu stärken, weiterzuentwickeln und zu vermarkten. Dabei ist die Nachhaltigkeit der Entwicklung in der Region und für die Region von elementarer Bedeutung. Ein wichtiges Element ist - auch darüber haben wir hier im Haus schon debattiert - sicherlich der Bau einer Multifunktionspier. Ein positives Signal ist unabdingbar und muss endlich erfolgen.

Das Gleiche gilt für die Anstrengungen zur Errichtung eines nationalen LNG-Terminals. Deswegen haben Sie uns bei dieser Frage auch ausdrücklich an Ihrer Seite.

Allerdings, liebe Damen und Herren, sehr geehrter Herr Meyer, bedarf es noch viel Tatkraft für die Industrie in Schleswig-Holstein und dafür, Ihr Industriekonzept tatsächlich mit Leben zu füllen. Deswegen erwarten wir von Ihnen, Herr Meyer, endlich konkretes Handeln für die Infrastruktur, konkretes Handeln für die Industrie und für die Wirtschaft insgesamt, nicht nur an der Unterelbe. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU und FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort für die SPD-Fraktion hat nun der Kollege Tobias von Pein.

Tobias von Pein [SPD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete! Lieber Herr Callsen! Ich weiß nicht genau, wo Sie gewesen sind. War das nun in **Brunsbüttel** oder in Büdelsdorf? Ich kann mich an zwei Veranstaltungen erinnern, eine in Brunsbüttel, die war weit vor der Vorstellung des industriepolitischen Konzepts, und in der Tat war man da noch ein bisschen offen in der Frage, wie es weitergeht. Der Aufbruchstimmung in Büdelsdorf tut das aber keinen Abbruch. Da habe ich eine große Aufbruchstimmung wahrgenommen, genau wie der Herr Kollege Tietze. Vielleicht haben Sie da einfach nur nicht richtig hingehört.

(Martin Habersaat [SPD]: Selektive Wahrnehmung!)

Die Zeiten, in denen schleswig-holsteinische Herzöge beziehungsweise dänische Könige versucht haben, ein Bollwerk an der Elbe als Gegengewicht zur starken Hansestadt zu bauen, sind längst vorbei. Im Norden haben wir längst begriffen, dass es nur zusammen geht. So hat die Kooperation im Norden inzwischen eine lange Tradition. Hamburg ist unser Partner, steht an unserer Seite, und so stellen wir uns auch gemeinsam im Weltmarkt auf.

Die **Metropolregion Hamburg** ist ein Erfolgsmodell, und meine Kolleginnen und Kollegen, die mit mir aus dem Hamburger Rand kommen, werden bestätigen, wenn ich sage, dass die Wirtschaft der Metropolregion ein wichtiges, wenn nicht sogar das wichtigste Rückgrat der schleswig-holsteinischen Wirtschaft ist. Hier wird Wohlstand generiert, und auch das größte Industriegebiet Schleswig-Holsteins ist Teil der Metropolregion. Geografisch und strategisch liegt Brunsbüttel mit seinem Industriereal besonders günstig. Damit ist es auch ein wichtiges Tor zur Welt.

Es gibt eine sehr gute wasserseitige Anbindung durch die Häfen - Elbehäfen, Ölhafen, Hafen Ostermoor -, eine gute landseitige Anbindung - Straßen, Bahn, Binnenschifffahrt - und voll erschlossene Industrieflächen für Großprojekte.

Die Vielfalt der Branchen und der Betriebe, unter anderem aus dem Bereich der Chemie und der erneuerbaren Energie, zeigt, dass die Region bereits jetzt breit aufgestellt ist. Der ChemCoast Park arbeitet erfolgreich und bietet gute Bedingungen für die Unternehmen.

Zu der **Innovationsallianz NEW 4.0** hat mein Kollege Matthiessen schon viel gesagt: beste Voraussetzungen, um hier noch mehr wirtschaftliche Kraft freizusetzen. Darum soll es gehen. Wir wollen die Stärken stärken, Potentiale heben, uns konzentrieren, gleichzeitig verbreitern und neue Ansiedlungen unterstützen. Ich glaube, ich habe richtig gehört: Das wollen wir alle gemeinsam in diesem Haus.

(Beifall SPD und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Darin steckt auch die Chance, zusätzlichen Wohlstand für unser Land zu schaffen und im weltweiten Wettbewerb mithalten zu können. Aber das ist für uns kein Selbstzweck. Es soll nicht dazu dienen, einigen wenigen Gewinne zu erhöhen, sondern es soll auch nachhaltig sein und möglichst vielen Menschen zugutekommen. Als Sozialdemokraten wol-

(Tobias von Pein)

len wir deshalb auch dazu beitragen, dass der Industriestandort Unterelbe/Brunsbüttel ein attraktiver Ort zum Arbeiten ist.

(Beifall SPD und Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Für mich ist es deshalb besonders wichtig, dass bei der Weiterentwicklung des Standortes auch immer Arbeitsplatzqualität, Qualifizierungsmöglichkeiten und gute Ausbildungsperspektiven auf der Tagesordnung stehen.

Die Studie der Hans-Böckler-Stiftung zum Industriestandort hat uns einiges aufgezeigt. Wir wollen dies unterstützen. Wir wollen gute Arbeit, gut bezahlt und sicher. Ohne die Arbeitskräfte in den Unternehmen würde sicherlich nichts laufen. Deshalb müssen wir die guten **Arbeitsbedingungen** als Standortvorteil begreifen und das Fachkräftepotential des Landes als Faktor für Ansiedlung von Industrie betrachten.

Der Industriestandort Brunsbüttel/Unterelbe kann zur Erfolgsstory werden, wird aber nur zur Erfolgsstory, wenn er auch ein attraktiver Arbeitsplatz und ein guter Wohnort für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist. Um den Industriestandort zu stärken, haben wir in unserem Antrag einige wichtige Maßnahmen formuliert. Sie decken sich in vielen Punkten mit den Vorstellungen der CDU.

Dazu gehören vor allem der **Ausbau der Infrastruktur**, der Ausbau der B 5 und der zügige Weiterbau der A 20, für uns als SPD natürlich auch mit westlicher Elbquerung.

Mit einem neuen **Vielzweckhafen** - Multi-Purpose-Pier - kann die Wasseranbindung fit für die nächsten Jahrzehnte gemacht werden. So können auch besonders große Stückguttransporte - das ist sehr wichtig für die Windkraft - vom Wasser auf die Straße oder Bahn oder umgekehrt umgeschlagen werden.

Darüber hinaus muss die Einrichtung des bundesweit ersten **LNG-Terminals** gelingen. Andere Regionen wie zum Beispiel die Niederlande sind uns da schon weit voraus. Deutschland ist da noch hinterher. Da müssen wir etwas tun. Deshalb muss die Einrichtung des LNG-Terminals kommen. Brunsbüttel liegt ja an einer sehr guten Stelle und kann zu einem internationalen Drehkreuz für LNG werden.

Die Industriepolitik in Schleswig-Holstein - das kann ich abschließend feststellen - geht mit einem großen Schritt voran, industriepolitische Impulse werden gesetzt. Ich hoffe, dass auch Sie, Herr Callsen, mit uns gehen und diese Aufbruchsstimmung

unterstützen. Industriepolitik ist nämlich kein Auslaufmodell in Zeiten einer Dienstleistungsgesellschaft. Nein, nicht erst seit der Wirtschaftskrise wissen wir, dass unser starkes industrielles Rückgrat zu schätzen ist. Umso wichtiger, dass wir es weiter stärken und fit für die Zukunft machen. Deshalb freue ich mich, dass die Zukunft der Unterelbe hier von allen mitgetragen und unterstützt wird. Industriepolitik in diesem Land kommt voran. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die FDP-Fraktion hat das Wort der Abgeordnete Christopher Vogt.

Christopher Vogt [FDP]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist immer gut, wenn sich auch andere Fraktionen des Schleswig-Holsteinischen Landtages mit der **Industriepolitik** in unserem Bundesland auseinandersetzen. Ich finde es gut, dass das offenbar zunehmend der Fall ist. Für den **Standort Unterelbe** ist das ein ganz wichtiges Signal. Es gab in den letzten Jahren aus verschiedenen Gründen eine Reihe von schlechten Nachrichten für diesen Wirtschafts- und Industriestandort, denkt man beispielsweise an Prinovis, PROKON und andere Dinge. Nichtsdestotrotz ist der Standort Unterelbe ein sehr guter Industrie- und Wirtschaftsstandort, der allerdings auch besser angebunden und entwickelt werden muss. Da steht die Landesregierung in der Tat in der Verantwortung.

Die in den Anträgen genannten **Bausteine** für eine **Industriepolitik**, die diese Region unterstützen sollen, sind eigentlich die Ergebnisse - wenn ich das richtig analysiert habe - aus dem Bericht der Landesregierung mit dem schönen Titel „Perspektiven für die Westküste“ und den dazu im Rahmen der schriftlichen Anhörung im Wirtschaftsausschuss eingegangenen Stellungnahmen. Meine Fraktion kann sich in aller Bescheidenheit völlig zu Recht als Wegbereiter für das mittlerweile feurig entfachte Interesse rund um die Industriepolitik in Schleswig-Holstein bezeichnen. Zudem haben wir auch den Bericht beantragt, auf dessen Grundlage nun offenbar der Koalitionsantrag entstanden ist.

Mit Blick auf die Vorredner möchte ich Folgendes sagen: Ich habe betont und fand es gut, dass sich die Landesregierung auf unseren Vorschlag hin

(Christopher Vogt)

nach vielen Jahren wieder intensiver mit der Industriepolitik beschäftigt

(Beifall FDP)

und Eckpunkte für eine industriepolitische Strategie vorgestellt hat. Es gab den schon vielfach angesprochenen Kongress Ende November mit den Gewerkschaften, mit den Unternehmen. Ich muss ganz ehrlich sagen: Klar ist es erst einmal eine schöne Sache, dass ein Regierungskongress veranstaltet wird, auf dem man sich selbst einmal kräftig auf die Schulter klopfte. In der Tat kann das nur ein Anfang sein. Ich hoffe, dass das allen Beteiligten klar ist. Insofern freue ich mich, dass die Gewerkschaften mitziehen. Jetzt müssen aber auch endlich Taten folgen.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Bemerkung des Herrn Abgeordneten Matthiessen?

Christopher Vogt [FDP]:

Sehr gern.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Matthiessen, bitte.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Kollege, Sie versuchten gerade, die Botschaften los zu werden, dass die FDP hier im Landtag industriepolitische Anträge gestellt habe

(Beifall FDP)

und deswegen die Küstenkoalition Industriepolitik betreibe.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Er hat es verstanden!)

Ich wollte nur nachfragen, ob Sie schon davon gehört haben, dass es Zusammenhänge zeitlicher und Zusammenhänge kausaler Art gibt. In dem Zusammenhang betone ich, dass ein Zusammenhang kausaler Art zwischen Ihrem Antrag, den Sie irgendwann einmal gestellt haben, und Industriepolitik der Landesregierung mit NEW, mit der Schaffung eines Industriereferates nicht besteht. Auf die Idee wären wir ohne die FDP „zweifellosermaßen“ nicht gekommen“. - Danke für diesen Beitrag.

Christopher Vogt [FDP]:

Herr Kollege Matthiessen, ich danke Ihnen für die Verlängerung der Redezeit. Ich muss Ihnen sagen: Es wäre auch komisch, wenn Sie mir recht geben würden. Wenn wir über kausale Zusammenhänge sprechen, ist natürlich die Frage: Ist das vorher von der Landesregierung schon einmal angekündigt worden?

(Anita Klahn [FDP]: Da kann man sagen: Nein!)

Das ist mir nicht bekannt. Schauen Sie doch einmal in den eigenen Koalitionsvertrag, in dem das Thema Industriepolitik eine sehr untergeordnete Rolle spielt.

Herr Kollege Matthiessen - Sie können sich gern wieder setzen - ich möchte auf ein paar interessante Punkte, bei denen Sie vermutlich federführend waren, zu sprechen kommen. In dem Antrag, den Sie heute vorgelegt haben, sind viele wichtige Punkte, bei denen wir uns eigentlich alle einig sind, verstärkte Hafenkooperation, Multi-Purpose-Pier, LNG-Terminal in Brunsbüttel, Ausbau der B 5, bessere Bahnanbindung. Das ist alles sehr schön, finden wir auch gut, muss endlich auch einmal vorankommen. Aber ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen - Herr Kollege Matthiessen - ich hoffe, Sie können mir auch vom Wasserspender aus zuhören -: Was uns die Koalitionsfraktionen mit Ihrer Unterschrift vorgelegt haben, musste ich wirklich dreimal lesen, als es um die A 20 ging. Ich weiß nicht, ob die Kolleginnen und Kollegen aus den Koalitionsfraktionen zur Kenntnis genommen haben, was Sie hier heute beschließen oder zumindest in den Ausschuss überweisen wollen. Ich prangere das nicht an, aber ich finde, das passt nicht zum Handeln. Sie schlagen hier ernsthaft vor, dass der Landtag Schleswig-Holstein den **weiteren zügigen Weiterbau der A 20** beschließt.

(Beifall FDP)

Herr Kollege Matthiessen, ich komme noch einmal auf Ihren Koalitionsvertrag zu sprechen, von dem wir alle wissen, dass Sie das in dieser Wahlperiode ausschließen. Warum schließen Sie das im Koalitionsvertrag aus und legen uns dann einen Antrag vor, in dem Sie genau das fordern, was Sie eigentlich ausgeschlossen haben?

Ich wollte Sie fragen, Herr Kollege Matthiessen: Haben Sie den Antrag gelesen, bevor Sie ihn unterschrieben haben? Wieso ist das da reingekommen? Wer hat den Antrag geschrieben? Oder habe ich etwas verpasst?

(Christopher Vogt)

(Volker Dornquast [CDU]: Ist das ein Meinungswechsel?)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Bemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Tietze?

Christopher Vogt [FDP]:

Ich freue mich wirklich fast unendlich.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Vielen Dank, Herr Kollege. - Ich bin ja nun kein Lehrer und kann Ihnen jetzt nicht bei Ihrer Leseschwäche helfen. Zu der Frage der A 20, die Sie hier angesprochen haben, haben wir uns vereinbart, die A 20 bis zur A 7 zu bauen.

- Herr Kollege Tietze - -

Wo sehen Sie da eine organisierte Verzögerung, einen Widerstand, ein Verhindern? Das habe ich nicht verstanden.

- Das erkläre ich Ihnen gern, Herr Kollege Dr. Tietze. Sie haben, wie gesagt, vor, die A 20 bis zur A 7 zu bauen. Wir reden heute über den **Industriestandort Unterelbe**.

(Beifall FDP und CDU)

Wissen Sie, wo der liegt? Sie kommen ja von der Westküste.

Ich glaube nicht, dass die Unternehmen, die Arbeitnehmerinnen und die Arbeitnehmer in der Region Unterelbe von Ihnen, wenn Sie von einem weiteren zügigen Ausbau der A 20 sprechen, erwarten, dass es nur um den Abschnitt zwischen Segeberg und der A 7 geht. Das glaube ich nicht. Ich glaube auch nicht, dass Sie das gemeint haben. Herr Kollege Dr. Tietze, Sie haben den Antrag ja nicht unterschrieben; das hat der Kollege Matthiessen getan. Ich befürchte, die Grünen haben den Antrag nicht gelesen, der vermutlich im Ministerium oder sonst wo formuliert wurde. Auf jeden Fall ist das eine ziemlich peinliche Nummer, Herr Kollege. Das muss ich Ihnen sagen.

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, gestatten Sie eine weitere Bemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Tietze?

Christopher Vogt [FDP]:

Ja, gern.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Kollege, da Sie mich jetzt auf das Thema Westküste ansprechen, nehmen Sie bitte zur Kenntnis, dass wir gefordert und es auch durchgebracht haben, dass es eine Fährverbindung zwischen Brunsbüttel und Cuxhaven gibt. Das haben Sie jahrelang abgelehnt. Sie haben gesagt, wir brauchten diese Fährverbindung nicht.

(Lachen Dr. Heiner Garg [FDP])

- Ja, lachen Sie, Herr Dr. Garg.

Der Industriestandort sagt: Wir haben darauf gewartet. - Wir haben die B 5 dreispurig ausgebaut. Jetzt also zu behaupten, dass Grüne in der Verbindungsecke beim Ausbau der Verkehrsinfrastruktur an der Westküste stünden, das ist wirklich Märchenstunde.

- Herr Kollege Dr. Tietze, noch einmal: Es ist ja schön, dass es jetzt eine **Fährverbindung** gibt.

(Zuruf Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Ja, das haben wir auch gesagt, wir finden die gut. Wir haben nur gesagt, das Thema **Subvention** muss eine Rolle spielen. Wir haben sie im Übrigen auch nie abgelehnt, zumindest die FDP-Fraktion hat nie eine Fährverbindung abgelehnt.

(Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ach!)

Noch einmal: Sie wollen hier heute beschließen, dass es einen weiteren zügigen Weiterbau der A 20 gibt. Es geht um die Region Unterelbe. Das schließen Sie in Ihrem Koalitionsvertrag aus. Nun sagen Sie doch einmal: Haben Sie in den letzten Wochen Ihren Koalitionsvertrag geändert? Oder was soll uns das sagen? Es ist auf jeden Fall völlig gaga, dass Sie uns einen solchen Antrag vorlegen.

(Beifall FDP)

Ich sage das auch für die Menschen in der Region, für die ist das blanker Hohn. - Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort für die Fraktion der PIRATEN hat Herr Abgeordneter Dr. Patrick Breyer.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten! Der vorgelegte Antrag der Koalitionsfraktionen gibt einen Überblick über die von der Landesregierung unterstützten Projekte und Vorhaben, was die **Entwicklung des Industriestandortes Untereibe/Brunsbüttel** angeht. Wenn man sich die einzelnen Punkte durchliest, klingen sie natürlich gut.

Die Wahrheit ist aber, dass die Region doch immer eher gegen den Widerstand Kiels nach vorn kommen und arbeiten muss. Ein Beispiel ist gerade die hier angesprochene **Fährverbindung** zwischen Brunsbüttel und Cuxhaven, die von der örtlichen Wirtschaftsförderungsgesellschaft und von Niedersachsen massiv unterstützt und vorangetrieben wurde. Von unserem Verkehrsminister Meyer kam dazu nichts. Da kamen einzelnen Forderungen von den Grünen und von uns PIRATEN, aber keinerlei Unterstützung des Landes.

Zweites Beispiel: Dem Industriestandort schadet es auch, dass bei den Beratungen um das Netz West die Option von einem **Personenzugverkehr** nach Brunsbüttel vorschnell verworfen worden ist. Der sogenannte Schnellbus - fürchten wir - wird im Stau eben ganz schnell zum mobilen Wohnen dienen müssen.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wo soll es sich denn da stauen?)

- In dem täglichen Stau in Itzehoe, Herr Kollege Matthiessen. Wenn Sie Ahnung von der Region hätten, wüssten Sie um die Verkehrsverhältnisse dort.

(Beifall PIRATEN und FDP - Zurufe SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir PIRATEN haben den **Grundfehler der industriepolitischen Strategie** der Landesregierung bereits aufgezeigt. Sie verfolgen eine Strategie für einen einzelnen Sektor, ohne die Zielkonflikte zu anderen Sektoren zu betrachten. Sie verfolgen eine Strategie allein für ein Bundesland, ohne die gesamte Region, die Metropolregion, zu betrachten. Industrie und Gewerkschaften haben das vergeblich ange-mahnt.

Neben richtigen und unstreitigen Punkten in Ihrem Antrag drohen konkret bei den Vorhaben einer Vielzahl von Projekten und gar eines nationalen LNG-Terminals Milliardengräber für den Steuerzahler.

Stichwort **Vielzweckpilot**: Bis heute gibt es keinerlei Beleg, dass ein solcher Vielzweckpilot wirt-

schaftlich zu betreiben wäre oder gar die Kosten wiedereinspielen würde. Um es platt zu sagen: Ein wirtschaftlicher Betrieb eines solchen Hafens ist den Studien zufolge etwa so wahrscheinlich, wie dass Ostern und Weihnachten auf einen Tag fallen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Vereinzelter Beifall PIRATEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Bemerkung des Herrn Abgeordneten von Pein?

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Bitte.

Tobias von Pein [SPD]: Herr Kollege Breyer, ich wollte noch einmal nachfragen, ob ich Sie richtig verstanden habe. Sie haben gesagt, dass sich Schleswig-Holstein mit der Metropolregion und der Region Brunsbüttel nicht richtig abstimmen würde. Ist Ihnen bekannt, dass vor Kurzem, ich glaube, es ist eine Woche her, mit der Metropolregion ein Leitbild für die Weiterentwicklung der Untereibe beschlossen wurde? Daran sind auch Vertreter in Brunsbüttel maßgeblich beteiligt gewesen, die sich mit Niedersachsen, Hamburg und anderen zusammengesetzt haben. Ich glaube, dieser Text ist doch ein Beweis dafür, dass es eine gemeinsame Absprache in diesem Bereich gibt, oder?

- Herr Kollege von Pein, das belegt eigentlich eher umgekehrt das, was ich gesagt habe, nämlich dass die Region selber voran arbeiten muss, damit die Zusammenarbeit in der Metropolregion vorankommt.

(Birgit Herdejürgen [SPD]: Wer denn sonst?)

Kiel denkt nur in den Grenzen eines Bundeslandes und verfolgt eine industriepolitische Strategie, die allein für Schleswig-Holstein gilt, also gerade nicht von der Zusammenarbeit mit anderen Ländern getragen wird, so wie es nötig wäre.

(Beifall PIRATEN - Birgit Herdejürgen [SPD]: Das war ein interessanter Schlenker, den habe ich nicht verstanden!)

Zur Vielzahl von Projekten möchte ich noch aus der vertiefenden Analyse des beauftragten Instituts zitieren:

„Die hier im Fokus stehenden Investitionsentscheidungen der Unternehmen haben kei-

(Dr. Patrick Breyer)

ne hohe Frequenz, und der Wettbewerb der Standorte bleibt hoch.“

Ein weiteres Zitat:

„Möglich“

- nicht etwa wahrscheinlich! -

„ist auch das Eintreten des positiven Szenarios, in dem der Eigentümer mit dem Betreiber ab Betriebsbeginn einen Vertrag schließt, der vom Betreiber auch eingehalten werden kann.“

Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht, meine sehr verehrten Damen und Herren, aber ich lese hier nur „Flughafen Lübeck“. Ich kann nur vor einem solchen Projekt warnen, bei dem so unwahrscheinlich ist, dass es jemals wirtschaftlich profitabel oder tragfähig sein kann.

(Beifall PIRATEN - Christopher Vogt [FDP]: Der kommt noch mal!)

Was das Vorhaben eines nationalen **LNG-Terminals** angeht: Gas mit Schiffen zu transportieren, liebe Kolleginnen und Kollegen von den Grünen, obwohl es Pipelines nach Deutschland gibt, erscheint gerade aus Umwelt- und Klimaschutzsicht wenig sinnvoll. Es gibt in Europa außerdem bereits 29 LNG-Importterminals. Weitere 12 sind noch geplant, davon einer in Niedersachsen. Die Auslastung der schon bestehenden Terminals liegt im Schnitt bei nur 20 % und ist damit äußerst schlecht. Ein weiteres Terminal in Brunsbüttel würde mehr als 1 Milliarde € kosten. Die vielzitierte Potenzialanalyse des Fraunhofer-Instituts behandelt bewusst nicht die Frage der Wirtschaftlichkeit. Dabei ist doch allen klar: Wirtschaftlich lohnend wäre das natürlich nicht. Deswegen ruft die Hafengesellschaft hier auch nach Subventionen.

Ich sage ganz klar: Der Steuerzahler hat kein Geld, um es in einem so unrentablen Projekt zu versenken. Es macht keinen Sinn, beim LNG-Import weitere Überkapazitäten aufzubauen. Es mag ja sein, dass Sie der Zuverlässigkeit der Gasversorgung aus Russland misstrauen, aber ein Embargo auch für LNG-Importhäfen Rotterdam und Seebrügge können wir doch wohl ausschließen.

(Beifall PIRATEN - Christopher Vogt [FDP]: Dass die PIRATEN gegen Häfen sind, überrascht mich! - Heiterkeit)

- Deswegen sagen wir, Herr Kollege: Bei dieser Sachlage wäre das Steuergeld, statt es in eine Vielzweckpiper und in ein LNG-Terminal zu investieren, besser in die Sanierung der Straßen an der Westkü-

ste investiert, in mehr Innovation und Forschung oder in den Breitbandausbau. Auch der vom Kreis Steinburg angestrebte Beitritt zum HVV würde sehr viel mehr zur Entwicklung der Region beitragen als solche Projekte.

Fakt ist: Ihnen fehlt eine **ganzheitliche Vision** für die **Region**. Sie arbeiten an Einzelbaustellen, und teilweise sind es auch noch die falschen Baustellen. Deshalb keine Zustimmung zu diesen Anträgen.

(Beifall PIRATEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Kolleginnen und Kollegen des SSW erteile ich dem Abgeordneten Flemming Meyer das Wort.

Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mehrfach haben wir hier im Plenum und im Ausschuss über die Zukunft der schleswig-holsteinischen Industrie debattiert. Dabei ging es um **Konzepte und Strategien**, damit die Industrie bei uns im Land die künftigen Herausforderungen bestehen kann, und darum, wie sie weiter gestärkt werden kann. Heute diskutieren wir über das größte und wichtigste Industriegebiet unseres Landes. Der **Industriestandort Unterelbe/Brunsbüttel** zeichnet sich durch seine 90 Betriebe, der Chemie- und Energiewirtschaft sowie der Logistik, den dazugehörigen 12.000 mittelbaren und rund 4.000 direkten Arbeitsplätzen aus. Diese beeindruckenden Zahlen sind aus unternehmerischen Maßnahmen, einer gezielten Wirtschaftsförderung und nicht zuletzt aus einer exzellenten Verkehrsinfrastruktur erwachsen.

Wenn es um **Verkehrsinfrastruktur** geht, ist festzustellen, dass der Standort Brunsbüttel gegenüber vielen anderen Industriestandorten in Deutschland aufgrund seines Hafens einen großen Standortvorteil hat. Die geografische Lage in der Einfahrt zum Nord-Ostsee-Kanal sowie die Elbnähe und die Nähe zum Hamburger Hafen machen den Standort besonders attraktiv. Aber auch die vorhandene Schieneninfrastruktur und die Anbindung an das europäische Pipelinennetz sprechen für den Standort Brunsbüttel.

Die Verkehrsinfrastruktur ist die Lebensader für eine gute Industriepolitik. Mit dem Bündnis für Industrie Schleswig-Holstein haben sich die Bündnispartner klare Leitlinien für die Industriepolitik in Schleswig-Holstein gesetzt. Dazu gehören unter anderem der Erhalt und der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur. Für den Standort Brunsbüttel gilt dies

(Flemming Meyer)

insbesondere für die drei Verkehrsträger Straße, Schiene und Wasser.

Es ist aber nicht nur das Land, das in der Pflicht ist, den Industriestandort Unterelbe/Brunsbüttel zu stärken, sondern es ist auch und insbesondere Aufgabe der gesamten **Region**, sich darüber klar zu werden, wohin die Reise gehen soll. Deshalb begrüße ich ausdrücklich, dass die Region für sich das **Leitbild 2030** entwickelt hat. Erst kürzlich wurden damit auch die Projekte und Visionen vorgestellt, um die Wirtschaftsregion Unterelbe national und international stärker in den Fokus zu rücken, Standortvorteile zu benennen und sich gemeinsam für die Anforderungen der Zukunft zu positionieren.

Eine überregionale Wirtschafts- und Hafenstrategie ist der richtige Weg, um den Industriestandort Unterelbe/Brunsbüttel dauerhaft zu stärken. Es ist und war eine alte Forderung des SSW, die enge Kooperation aller Häfen an Elbe und Nordseeküste zu fordern, die mindestens in einer gemeinsamen Vermarktung münden sollte.

(Beifall SSW)

Nur wenn sich die norddeutschen Häfen gemeinsam vermarkten, setzen sie sich nicht gegenseitig der Konkurrenz aus. Auch wenn dies in dem geforderten Umfang politisch bisher nicht umsetzbar war, sehen wir uns in unserer Forderung doch bereits zum Teil bestätigt.

Zum einen haben wir die **Hafenkooperation** Offshore-Häfen Nordsee Schleswig-Holstein, und zum anderen gibt es die Vereinbarung zur Hafenkooperation Unterelbe, in der die fünf Seehäfen Cuxhaven, Brunsbüttel, Glückstadt, Stade und Hamburg eine Zusammenarbeit zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit eingegangen sind. Auch wenn beides noch nicht der ganz große Wurf ist, stellen wir fest: Dies ist ein Schritt in die richtige Richtung.

Die beiden vorliegenden Anträge liegen nicht weit auseinander. Die Zielrichtung ist für beide gleich: Es geht um die Stärkung des Industriestandortes Unterelbe/Brunsbüttel. Daher schlage ich vor, dass wir uns im Ausschuss näher mit dem Thema befassen, über beide Anträge diskutieren und dabei vielleicht auch Akteure des Wirtschaftsraums Unterelbe einladen. - Mange tak.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Zu einem Dreiminutenbeitrag hat jetzt der Herr Kollege Dr. Andreas Tietze von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich habe mich noch einmal auf den Kollegen Breyer hin gemeldet. Lieber Herr Kollege Breyer, Sie scheinen Ihre Kompetenz mittlerweile auf das Tanzen verlegt zu haben; denn sonst hätten Sie hier nicht eine solche Rede zur **Verkehrs- und Industriepolitik** halten können.

Wenn Sie sagen, Sie wollten kein **NLG** haben, dann frage ich mich: Wollen Sie dann weiterhin Schweröl als Treibstoff haben und die CO₂-Werte erhöhen? Wollen Sie dreckiges Öl haben? Die von Ihnen gehaltene Rede sagt: NLG ist Quatsch. Ich habe aber in allen Reden, sowohl in den Reden von Herrn Bürgermeister Scholz als auch in den Reden von Ministerpräsident Albig gehört, dass gerade dieser NLG-Terminal die hafengewirtschaftliche Bedeutung der norddeutschen Region erhöhen wird, dass er die Kompetenz erhöhen wird, dass er die Wertschöpfung erhöhen wird, dass er die Wirtschaftlichkeit erhöhen wird. Wenn Sie sich nun hier hinstellen und eine solch erbärmliche Rede halten, die so viel Inkompetenz zum Inhalt hat, dann wundere mich nichts mehr.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Bemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Breyer?

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Bitte schön. Ich bin gespannt, was er darauf sagt.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]: Herr Kollege Tietze, wir wollen der Öffentlichkeit ja auch die Wahrheit erzählen. Insofern bitte ich Sie, auch einzuräumen, dass ich nicht gegen LNG als Treibstoff geredet habe, sondern dagegen, neben den 29 schon bestehenden Importterminals in Europa, die eine Auslastung von gerade einmal 20 % haben, ein 30. zu bauen. Würden Sie das der Öffentlichkeit gegenüber ebenfalls eingestehen, dass das meine Aussage war?

- Das ist jetzt wirklich putzig. Sie zählen hier auf, wo überall NLG-Terminals sind, und sagen: Wunderbar, davon müssen wir noch mehr haben. Wir

(Dr. Andreas Tietze)

reden hier von Energiewende, wir brauchen mehr elektrische Steckdosen im öffentlichen Raum, weil wir die Transformation der Energiewende endlich in den Verkehr hineinbringen wollen. Jetzt kommen Sie mir mit der Aussage: Weil es schon genug NLG-Terminals gibt, brauchen wir in Brunsbüttel nun keines mehr. Habe ich das so richtig verstanden?

Wenn Sie also sagen, wir müssten mehr auf NLG setzen, dann brauchen wir mehr NLG-Dienstleistungsunternehmen, wir brauchen mehr NLG-Tankstellen und nicht weniger. Also diese von Ihnen gerade vorgebrachte Erläuterung verunsichert mich noch mehr. Setzen Sie sich lieber, sonst wird es für Sie noch peinlicher.

(Lachen CDU)

Entschuldigung! Aber wir reden hier über eine **Verkehrswende**, wir reden hier über einen echten **Standortvorteil** für Schleswig-Holstein, wir reden darüber, dass wir einen Wirtschaftsminister haben, der endlich genau das strategisch besetzt, wir reden über Wirtschaftsverbände, die an dieser Stelle sagen, endlich habe Schleswig-Holstein, das Land der Energiewende, den Aufbruch in der Transformation geschafft und sei nun auch den Weg bei der Industriepolitik 4.0 gegangen. Deshalb finde ich, dann darf man an dieser Stelle auch einmal etwas schärfer argumentieren, wenn solche wirklich althergebrachten Argumente vorgetragen werden.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, gestatten Sie eine weitere Bemerkung des Herrn Abgeordneten Tobias von Pein?

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Oh, den hatte ich gar nicht gesehen. Aber bitte schön.

Tobias von Pein [SPD]: Herr Kollege Tietze, vielleicht können wir beide das ja zusammen kurz aufklären. Vielleicht stimmen Sie mit mir überein, dass die größten NLG-Terminals, die es im Moment gibt, in Isle of Grain, Suffolk, Rotterdam und Zeebrugge sind, aber vielleicht ein bisschen weit weg für schleswig-holsteinische Feeder sein könnten, die dort betankt werden müssen.

- Ich trete dafür ein, dass wir die norddeutsche Untereberegion durchaus auf Augenhöhe mit Rotterdam bringen. Es trifft genau das zu, was Sie sagen. Das sind die großen Hotspots dieser Welt, wie Rot-

terdam, die einen internationalen Seeschiffverkehrsverkehr und ein NLG-Terminal haben. Mit diesem NLG-Terminal soll Brunsbüttel nun zusammen mit Hamburg in dieser Region aufgewertet werden. Ich finde es richtig. Wir haben ein Abkommen zum Schutz der Nordsee und der Ostsee, wir haben die Reduzierung von Schwefel. Das also, was wir jetzt tun, ist im Grunde genommen die Verbindung zwischen Ökonomie und Ökologie. Es ist absolut richtig, dass Schleswig-Holstein hier vorangeht. Insofern ist die Entscheidung über das NLG-Terminal in Brunsbüttel eine industriepolitische Zukunftsentscheidung dieser Landesregierung.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Bemerkung des Herrn Abgeordneten Vogt?

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Bitte schön. Zu dem komme ich gleich noch. Mit dem habe ich auch noch einen Punkt zu klären.

Christopher Vogt [FDP]: Vielen Dank, Herr Kollege Tietze. - Das ist doch schön. Vielleicht fange ich aber erst einmal an, und dann können Sie weitermachen. Ich hatte mir schon fast gedacht, dass Sie sich zu meiner Rede auch gemeldet haben.

Sie haben den Kollegen Dr. Breyer hier ja scharf attackiert. Das ist ja auch in Ordnung. Sie haben gesagt, die PIRATEN wollten dreckiges Öl, während wir verhältnismäßig sauberes Gas wollten. Kann ich daraus schließen, dass die Grünen ihre Position zum Thema Fracking etwas entspannt haben, oder welche Schlussfolgerung darf ich daraus ziehen?

- Ich sage einmal ganz simpel: Nein. Sie verwechseln hier Äpfel mit Birnen. Sie ziehen Dinge an den Haaren herbei. Lieber Herr Kollege Vogt, setzen Sie sich; denn ich will jetzt zu Ihnen und zum Thema Verkehrspolitik kommen.

(Christopher Vogt [FDP]: Danke, das reicht mir als Antwort!)

Das, was Sie an Infrastruktur fordern, ist im Prinzip im Kern richtig und entspricht auch unserer Forderung. Aber was wir dringender brauchen, darüber hat der Herr Ministerpräsident gesprochen. Wir sind ja bei vielen Neujahrsansprachen auch in den Genuss gekommen, die Gedanken der Landesregierung zu hören. Mich hat sehr beeindruckt, Herr

(Dr. Andreas Tietze)

Ministerpräsident, was Sie über den Fortschritt der Digitalisierung und des Breitbandausbaus in diesem Land gesagt haben. Sie haben gesagt, an welcher Stelle wir in Deutschland stehen und was wir da machen. Das ist die große Chance für dieses Land, dieses NLG-Terminal zu bauen.

Ich habe gehört, wir verplempern jedes Jahr 200 Millionen €, weil wir es nicht ins Netz bringen, um diese Energie für Prozessenergie, für industriepolitische Anlagen zu nutzen. Das ist genau die richtige Strategie, die Datenraten in der Zukunft, nicht die Autos. Wir werden mit dieser Strategie, mit einer modernen 4.0-Strategie, die Digitalisierung und die Energiewende,

(Christopher Vogt [FDP]: Beides habe ich gemeint!)

dieses Land Schleswig-Holstein im 21. Jahrhundert nicht nur wettbewerbsfähig machen, sondern wir werden erreichen, dass wir als Innovator nicht nur in Deutschland, sondern auch in Europa und in der Welt wieder wahrgenommen werden, weil wir einen **Kompetenzvorsprung** haben. Diesen Kompetenzvorsprung individuell zu nutzen, strategisch zu nutzen, die Aktionsebene einzubinden, das haben wir auf diesem Kongress gemacht.

Es macht Spaß, mit diesem Minister in dieser Regierung - darüber freue ich mich auch als Grüner - bei dem Thema der Transformation zusammenzuarbeiten. Ich möchte deshalb an dieser Stelle auch einmal mein Kompliment an Herrn Meyer zum Ausdruck bringen. Vielen Dank, Herr Meyer.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Zu einem Dreiminutenbeitrag erteile ich dem Herrn Kollegen Oliver Kumbartzky das Wort.

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Verehrte Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte in diesen 3 Minuten drei Punkte ansprechen.

Der erste Punkt richtet sich an die PIRATEN. Ich fand es wirklich drollig, dass sich die PIRATEN auf einmal gegen **Häfen** wehren. Da ist einmal das Thema NLG, das auch Herr Tietze schon angesprochen hat. Aber die PIRATEN sind nun auch gegen die Maßnahme, die in Brunsbüttel geplant ist. Gerade diese Maßnahme ist doch eine riesige Chance für Brunsbüttel und für die gesamte Unterelbe, weil die Hafenskapazitäten in und um Hamburg knapp

werden. Da ist Brunsbüttel doch wirklich eine Riesenchance.

Schauen Sie sich doch einmal an, wo sich die Betriebe ansiedeln. Der Flensburger Kreishafen war zunächst auch sehr kritisch gesehen worden, und jetzt hat Max Bögl dort viele Arbeitsplätze geschaffen und hat große Unternehmen dort hingeleitet.

Oder nehmen Sie Cuxhaven. Siemens hat sich doch nicht umsonst für Cuxhaven entschieden. Siemens hat sich für Cuxhaven entschieden, weil es dort eine gute Infrastruktur gibt mit den Hafenumflächen, mit den Gewerbeflächen und natürlich auch mit den Straßen.

Deswegen die Entscheidung. Deswegen stehen wir ganz klar für den Vielzweckpier Brunsbüttel.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Bemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Breyer?

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Mit dem größten Vergnügen.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]: Herr Kollege Kumbartzky, vielleicht habe ich vorhin ein bisschen schnell gesprochen. Ich habe aus der Studie zu dem Vielzweckhafen zitiert, in der es unter anderem heißt, dass der **Wettbewerb** der **Standorte** hoch bleibt. Würden Sie das auch so verstehen, dass es eine Vielzahl vergleichbarer Standorte gibt und dass es droht, dass hier Doppelkapazitäten aufgebaut werden, im Wettbewerb mit anderen Regionen, die im Endeffekt nicht genutzt werden?

- Herr Dr. Breyer, natürlich gibt es Wettbewerb. Der ursprüngliche Plan, einen reinen Offshore-Pier zu bauen, sind ja auch schon ad acta gelegt worden. Jetzt will man eine Vielzweckpier für Schwergüter et cetera. Brunsbüttel liegt - das ist der strategische Vorteil von Brunsbüttel in diesem Wettbewerb - am Schnittpunkt von Elbe und Nord-Ostsee-Kanal, der meistbefahrenen künstlichen Wasserstraße der Welt.

(Beifall FDP, vereinzelt CDU, Beifall Birgit Herdejürgen [SPD] und Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Da sind noch viele freie Flächen. Deswegen verstehe ich Ihr zaghaftes Verhalten nicht. Ich freue

(**Oliver Kumbartzky**)

mich, dass wir in diesem Haus einen breiten Konsens für diese wichtige Investitionsmaßnahme haben.

Zweiter Punkt. Wir haben heute viel über die A 20 und die B 5 gesprochen. Das ist gut und richtig. Es ist auch gut, dass Sie sich zur **A 20** bekennen, Herr Dr. Tietze. Allerdings habe ich in Ihrer Rede einen Hinweis auf die landeseigenen Straßen vermisst. Was ist denn mit den Landesstraßen? Das Industriegebiet Brunsbüttel ist vom Norden über die **L 138** erreichbar. Seit zwei Jahren darf man dort nur noch 30 km/h fahren, und seit einem halben Jahr ist die Straße via Ampelschaltung nur noch einspurig befahrbar. Wenn Schichtwechsel im Sasol-Werk ist, entstehen dort mehrere 100 m lange Autoschlangen. Das kann es wirklich sein. Herr Minister Meyer, ich bitte Sie wirklich ganz herzlich, da endlich einmal in die Puschen zu kommen. Sie können nicht fünf Jahre lang tatenlos zusehen. Diese Landesstraße muss schnellstmöglich saniert werden, um die Westküste, um das Industriegebiet wirklich zu stärken.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Da helfen keine Sonntagsreden. Liefern Sie endlich, Herr Meyer.

Mein dritter Punkt: die **Fähre**. Herr Dr. Tietze, Herr Matthiessen, Sie haben sich für die Fähre so ein bisschen abgefeiert. Wir finden es auch gut, dass die Fähre fährt. Das ist ein Gewinn für die Region;

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

aber ich frage mich, warum Sie sich das ans Revers heften. Okay, Sie haben dieses Gutachten in Auftrag gegeben. Aber warum ist die Fähre denn gekommen? Das war eine freie unternehmerische Entscheidung. Das ist das eine.

(Christopher Vogt [FDP]: Die ersetzt keinen Tunnel!)

Das andere: Ein starkes Argument für die Einrichtung dieser Fähre war für das Unternehmen, das die Fähre betreibt, dass die A 20 so schleppend vorankommt. Diese Fähre wurde eingerichtet, um die nicht vorhandene A 20 irgendwie zu kompensieren. Auch das ist ein Argument. Deswegen sollten Sie sich vielleicht nicht zu sehr dafür abfeiern. - Vielen Dank.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Das Wort für die Landesregierung erteile ich nun dem Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, Reinhard Meyer.

Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die FDP in Schleswig-Holstein ist schon eine besondere Partei.

(Beifall FDP)

Das hat nicht nur mein Landesvorsitzender gesagt, sondern das stelle ich auch beim Thema **Industriepolitik** fest. Sie müssen entschuldigen: Mein Weltbild von der FDP ist von FDP-Ministern im Amt des Bundeswirtschaftsministers geprägt, die sich sowas von gar nicht für Industriepolitik interessiert haben, dass ich da vielleicht ein gewisses Vorurteil habe.

(Christopher Vogt [FDP]: Bitte?)

Insofern freue ich mich, dass Sie beim Thema Industriepolitik mitmachen, wobei das Copyright der Hans-Böckler-Stiftung gehört.

(Lachen FDP)

Wir sind bereits seit 2012 gemeinsam in Gesprächen und dabei, die Industriepolitik für Norddeutschland, auch für Schleswig-Holstein auf den Weg zu bringen.

(Beifall SPD und Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Meine Damen und Herren von der CDU, wenn Ihnen das alles so wichtig ist, frage ich mich, warum ich, als ich mein Amt angetreten habe, kein Bündnis für Industrie, wie wir es jetzt eingerichtet haben, vorgefunden habe - darüber hätte ich mich gefreut - und auch kein Industriereferat im Hause des Wirtschaftsministers. Das gab es nicht. Insofern ist das, was hier gesagt worden ist, Schall und Rauch.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Meine Damen und Herren, wir haben schon viele Debatten über **Brunsbüttel** geführt. Ich glaube, es ist ganz wichtig, darüber zu diskutieren. Wir betten diese Debatte ein in die Strategie für die Metropolregion Hamburg. Auf das aktuelle **Leitbild** für den Wirtschaftsraum **Untere Elbe 2030** ist bereits hingewiesen worden. Wir arbeiten hart daran, den Standort Untere Elbe, insbesondere den Standort Brunsbüttel

(Minister Reinhard Meyer)

tel auf die Zukunft vorzubereiten. Wenige Punkte dazu:

Erstens. Die sogenannte **Multi-Purpose-Pier**, der Mehrzweckhafen. Die Landesregierung unterstützt dieses Vorhaben mit Nachdruck. Derzeit befindet sich das Projekt in der Genehmigungsphase. Die Finanzierung bedarf der Zustimmung der EU-Kommission. Wir stehen aber ausdrücklich zu diesem Projekt. Ich sage: Wenn unsere Vorfahren in Hamburg, Kiel und Lübeck jemals die Rechnung aufgemacht hätten, nach der zu bauende Häfen im ersten Jahr Gewinne abwerfen müssen, dann würde es heute weder einen Hamburger Hafen geben noch einen Hafen in Lübeck noch einen Hafen in Kiel. Insofern bauen wir für die Zukunft den Mehrzweckhafen in Brunsbüttel.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Zweitens. Wir wollen natürlich daran arbeiten, dass nach Möglichkeit ein nationales **LNG-Terminal** für Deutschland in Brunsbüttel entsteht. Wir führen dazu intensive Gespräche mit dem Bundeswirtschaftsminister, mit potentiellen Investoren. Der Bund unterstützt unseren Vorschlag ausdrücklich, bei der GRW-Förderung in Zukunft auch Energieinfrastrukturen zu berücksichtigen. Das ist eine wichtige Grundlage für die Förderung von LNG in Brunsbüttel.

Dritter Punkt. Natürlich brauchen wir eine vernünftige **Verkehrsinfrastruktur**. Wir brauchen den Weiterbau der A 20 nicht nur bis zur A 7, sondern natürlich auch mit Elbquerung. Wir sind beim Ausbau der B 5 so weit, dass wir Baurecht zwischen Itzehoe und Wilster haben. In diesem Jahr geht es los. Der Lückenschluss an der A 23 ist fast geschafft. Auch bei der Schienenanbindung müssen wir noch einiges tun. Da müssen wir in Berlin gemeinsam Überzeugungskraft aufbringen, damit dies im Bundesverkehrswegeplan seinen Niederschlag findet.

Ich will auch daran erinnern, dass wir beim Ausbau des Nord-Ostsee-Kanals gut vorangekommen sind - das ist ein wichtiger Standortvorteil für Brunsbüttel -, aber wir aufpassen müssen, dass all das, was wir beim Bund einfordern - Stichwort: Vertiefung -, auch tatsächlich umgesetzt wird. Auch das gehört zum Thema Brunsbüttel dazu.

Vierter Punkt. Die **Fährverbindung** zwischen Brunsbüttel und Cuxhaven ist erfolgreich gestartet. Wir werden über die NAH-SH zum Fahrplanwechsel 2016 einen Schnellbus Brunsbüttel-Itzehoe einsetzen.

(Beifall Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Oliver Kumbartzky [FDP])

Die Betriebskosten trägt im Übrigen das Land. Herr Breyer, um es noch einmal ganz deutlich zu sagen - das wissen Sie ganz genau -: Die Option einer Schienenverbindung wurde bei den Anbietern abgefragt. Diese Option hat aber keiner gezogen. Deswegen der Bus.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir stärken das **Regionalmanagement** vor Ort. Wir sind unter der Dachmarke Elbe-Seaports dabei, die verschiedenen Aktivitäten länderübergreifend entlang der Unterelbe zu bündeln. Demnächst, am 4. Februar 2016, werden wir in Cuxhaven mit den zuständigen Ministern, also mit Frank Horch und Olaf Lies, zusammentreffen.

Wir wollen Brunsbüttel zum Zentrum einer **Energieregion** machen. Für das Projekt **NEW 4.0**, Norddeutsche Energiewende 4.0, ist das Industriegebiet von Brunsbüttel ein ganz wichtiger Partner. Auch dies ist ein gemeinsames Projekt von vielen Partnern in Schleswig-Holstein und Hamburg, bei dem wir insgesamt gut zusammenarbeiten und gut vorankommen. Wir sind in der nächsten Antragsphase.

Wenn wir über die **Digitalisierung** der Industrie, über Industrie 4.0, reden, dann ist klar, dass wir auch für eine vernünftige Breitbandversorgung von Brunsbüttel sorgen müssen. Das machen wir mit unserer Breitbandstrategie 2030. Wir sind bei der Versorgung im Moment auf Platz zwei der Flächenländer. Das werden wir noch weiter verbessern. Das gehört unmittelbar dazu.

Der Wirtschaftsraum Unterelbe ist von hoher Bedeutung für die Landesregierung. Wir fördern ihn auf vielfältige Weise. Wir tun das aus Überzeugung, weil er für Schleswig-Holstein so wichtig ist. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, die Anträge Drucksachen 18/3693 und 18/3738 (neu) an den Wirtschaftsausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Ent-

(Vizepräsidentin Marlies Fritzen)

haltungen? - Damit ist dies einstimmig so beschlossen.

Meine Damen und Herren, begrüßen Sie mit mir gemeinsam auf der Tribüne Schülerinnen und Schüler der Gemeinschaftsschule Rugenbergen aus Bönningstedt sowie des RBZ Wirtschaft in Kiel. - Herzlich willkommen hier im Kieler Landeshaus!

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 19 auf:

Novelle der Gebührenordnung für Ärzte (GOÄ) zügig umsetzen

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/3733

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Heiner Garg von der FDP-Fraktion.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Während in Kiel beziehungsweise Schleswig-Holstein seit ungefähr drei Jahren absolute Stille im Bereich der Gesundheitspolitik herrscht, ist Bundesminister Gröhe auf Bundesebene wesentlich reger. Zumeist wird gemeinsam mit den Sozialdemokraten daran gearbeitet, unser Gesundheitssystem weiter zu verstaatlichen, seine Akteure zu drangsaliieren und die Gesundheitsversorgung im Zweifel zu verschlechtern. So weit, so schlecht.

Jetzt hat allerdings - da muss ich wirklich sagen: Respekt! - Karlchen Lauterbach zu Jahresbeginn seinen neuesten Coup gelandet. Er hat nämlich gesagt, dass die **Novellierung der Gebührenordnung für Ärzte** - diese wurde seit 30 Jahren nicht mehr novelliert -, die für diese Legislaturperiode nicht nur angedacht war, sondern bereits in der Vorbereitung ist, in dieser Legislaturperiode nicht mehr auf den Weg gebracht werden solle. Das ist deswegen raffiniert, Kollege Baasch, weil damit nicht nur die längst überfällige Reform der Gebührenordnung für Ärzte verhindert würde, sondern weil damit ein weiterer Mosaikstein in Richtung Volkskasse für alle geschaffen würde, und das mit einem CDU-Bundesgesundheitsminister. Das ist schon ausgesprochen sportlich, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall FDP)

Ich sage sehr deutlich: Freie Demokraten wollen kein **staatliches Gesundheitssystem** der Mittelmä-

ßigkeit und der Mangelverwaltung. Überall dort, wo es staatliche Versorgungssysteme gibt, ist die Versorgung schlechter, sind die Wartezeiten länger und die Versorgungsergebnisse sehr viel stärker von der sozialen Herkunft abhängig, als es in unserem System der Fall ist.

Wir wollen ein **innovatives Gesundheitssystem** mit exzellenten Rahmenbedingungen für Patientinnen und Patienten, aber eben auch mit exzellenten Rahmenbedingungen für die Leistungserbringer, allen voran selbstverständlich die Ärztinnen und Ärzte. Ich will an dieser Stelle sehr deutlich sagen, liebe Kolleginnen und Kollegen: Dazu gehört auch eine vernünftige ökonomische Basis.

Ich kann mich an Diskussionen, insbesondere in der letzten Legislaturperiode, erinnern, in denen wir uns alle gemeinsam Gedanken darüber gemacht haben, wie wir die Versorgung mit medizinischen Leistungen durch Ärztinnen und Ärzte auf dem Lande sicherstellen. Sie können, wenn Sie die Pläne von Karl Lauterbach durchziehen wollen und den Ärztinnen und Ärzten die Möglichkeit, nach GOÄ abzurechnen, nehmen wollen, in Zukunft jede zehnte Arztpraxis schließen. Sie können jede achte Arztpraxis schließen, wenn Sie die GOÄ EBM-isieren. Für diejenigen, die sich nicht ganz so damit auskennen: EBM, der einheitliche Bemessungsmaßstab, das ist sozusagen die Gebührenordnung für Kassenspatienten. Nach der GOÄ wird bei Privatversicherten abgerechnet.

Meine Damen und Herren, ich frage einmal die Sozialdemokraten - Herr Kollege Baasch hat sich ja gerade so heftig mit Zwischenrufen hervor getan -:

(Zuruf Wolfgang Baasch [SPD])

Was ist eigentlich mit dem Grundsatz „gutes Geld für gute Arbeit?“ Das muss doch, liebe Sozialdemokraten, auch für Ärztinnen und Ärzte gelten, die im Zweifel 24 Stunden an der Versorgung beteiligt sind.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU - Zuruf Wolfgang Baasch [SPD])

- Nein, wir reden eben nicht nur über den Mindestlohn, sondern wir reden darüber, dass **ärztliche Tätigkeit** auch in Zukunft attraktiv und auskömmlich sein muss, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Mir tut es besonders weh - das will ich an dieser Stelle sehr deutlich sagen -, dass es offensichtlich wieder gelingt, die Ärztinnen und Ärzte gegeneinander aufzuhetzen. Man kann das vermutlich mor-

(Dr. Heiner Garg)

gen beim Sonderärztetag in Berlin erleben, der sich ausschließlich mit der GOÄ-Novelle beschäftigt. Das ist beinahe Ulla-Schmidt-Politik, die das von 2004 bis 2009 sehr raffiniert gemacht hat. Ich möchte wirklich die Chance nutzen und den Ärztinnen und Ärzten zurufen, sich nicht auseinanderdividieren zu lassen. Die **GOÄ-Novelle** ist ein Kernstück zum Erhalt eines freiheitlichen Gesundheitswesens. Wer daran rüttelt, der hat nicht verstanden, was auf dem Spiel steht. Da geht es nicht nur um Abrechnungen, sondern da geht es vor allem um **Versorgungssicherung** in einer älter werdenden Gesellschaft.

Aus diesem Grund hoffe ich sehr, lieber Kollege Karsten Jasper, dass sich der Bundesgesundheitsminister an dieser Stelle anders verhält als die CDU-Bundestagsfraktion bei Fragen zum Mindestlohn, bei Fragen zur Rente mit 63. Ich hoffe, dass er an dieser Stelle hart bleibt und dass die GOÄ-Novelle noch in dieser Legislaturperiode kommt. Es wäre schlimm, wenn die CDU mit Wegbereiter für eine Volkskasse wäre, die die Versorgung für alle verschlechtern würde. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP - Zuruf SPD: Können Sie nicht einfach „Bürgerversicherung“ sagen?)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Karsten Jasper.

Karsten Jasper [CDU]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich hoffe, wir kriegen hier jetzt etwas Ruhe in die Diskussion. Wir reden über eine 30 Jahre alte Gebührenordnung, die sogenannte GOÄ, **Gebührenordnung für Ärzte**. Die Gebührenordnung, über die wir reden, ist die Grundlage für die Abrechnung der ärztlichen Leistungen im Bereich der privaten Krankenkassen, der PKV, der Beihilfe und der Ärzte. Mir fiel es schon schwer zu recherchieren, aus welchem Jahr sie eigentlich ist; ich glaube, aus 1982.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: 1982!)

- Genau, das waren so die letzten Zahlen, die ich recherchieren konnte. Nach dieser langen Zeit ist es unbedingt notwendig, lieber Kollege Christopher Vogt, die GOÄ an die neuen Behandlungsmethoden und den medizinischen Fortschritt anzupassen. Sie ist im Laufe der Jahrzehnte zwar immer wieder etwas angepasst worden. Aber hier reden wir jetzt

über eine **grundlegende Revision**. Ziel war und ist es, das Leistungsverzeichnis zu modernisieren und die Bewertung auf ein neues, zeitgemäßes betriebswirtschaftliches Fundament zu stellen.

Genau hier setzt der Antrag der FDP in der Drucksache 18/3733 an, lieber Kollege Dr. Garg. Dabei geht es um eine Stärkung von Transparenz, Abrechnungssicherheit und Verständlichkeit. Ich denke, das wünschen wir uns alle. Ferner geht es um den Schutz des Patienten vor ökonomischer Überforderung - es ist wichtig, dass man das überhaupt begreift - und um eine angemessene Vergütung der Ärzte. Ferner geht es in dem Antrag um eine **moderne Gebührenordnung**, die dem aktuellen Stand der medizinischen Versorgung entspricht, und darum, eine weitere Aushöhlung der Freiberuflichkeit des Arztbesuches zu verhindern und damit eine flächendeckende Versorgung mit ärztlichen Leistungen sicherzustellen.

Dass die Bundes-SPD gegen eine Einigung bei der GOÄ ist, ergibt sich daraus - das Wort nehme ich jetzt einmal in den Mund, Kollege Baasch -, dass Sie für das Modell der Bürgerversicherung und deshalb grundsätzlich dagegen sind.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber ich sage Ihnen auch: Diese längst überfällige Novellierung ist nicht dazu geeignet, dass wir heute bereits Wahlkampf zu diesem Thema machen. Der Antrag der FDP kommt genau zum richtigen Zeitpunkt, lieber Kollege Garg; denn - Sie haben es erwähnt - morgen ist in Berlin der Außerordentliche Ärztetag, zu dem 250 Delegierte eingeladen sind. Beantragt wurde das, glaube ich, aus Baden-Württemberg, Brandenburg und Berlin. Dort will man über die Fortschritte der Verhandlungen informieren - ganz wichtig -, und sicherlich wird auch hart diskutiert werden.

Aber, meine Damen und Herren, bereits im Vorfeld - das konnte ich im Internet recherchieren - haben zahlreiche große Verbände wie der Hartmannbund und der Marburger Bund positiv zu den Verhandlungen dieser Kommission, bestehend aus Ärztekammer, PKV und Beihilfe, Stellung genommen. Ich denke, das ist ein gutes Signal, dem die Politik auch folgen sollte; da gebe ich dem Kollegen Garg durchaus Recht. Wir werden von Schleswig-Holstein aus dafür kämpfen, dass der Bundesminister sich durchsetzt und die GOÄ noch in dieser Legislaturperiode verabschiedet wird, und zwar, wie es geplant war, bis zum 1. Oktober 2016.

(Vereinzelter Beifall CDU)

(Karsten Jasper)

Nach Pressemitteilungen des Vertreters der Bundesärztekammer Dr. Windhorst ist man hier auf einem guten Weg. Der sogenannte 400-Punkte-Katalog, der 80 bis 85 % der Abrechnungen ausmacht, ist in den Verhandlungen bereits abgehakt. Ziel - das habe ich eben gesagt - ist, das in diesem Jahr noch zu verabschieden.

Meine Damen und Herren, es geht hierbei um eine Rechtsverordnung. Diese Rechtsverordnung muss im Bundesrat verabschiedet werden. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, wir sollten die Anpassung der Gebührenordnung nicht zu einer Systemdebatte machen. Stimmen Sie also dem Antrag der FDP hier im Landtag zu; denn auch die CDU wird das tun. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU und FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die SPD-Fraktion hat jetzt der Abgeordnete Bernd Heinemann das Wort.

Bernd Heinemann [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ihr Antrag, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, hat zwei Richtungen: Die eine Richtung ist logisch und auch unterstützenswert. Bei der Hauptrichtung - so haben wir gerade schon gehört - geht es durchaus um unterschiedliche Sichtweisen. Wir Sozialdemokraten sehen die zweite Richtung kritisch. Ich komme zu den Einzelheiten.

Sie wollen Transparenz, Sie wollen **Abrechnungssicherheit**, und Sie wollen Verständlichkeit bei den Honoraren. Das wollen wir sicherlich alle. Ökonomische Überforderung wollen wir - wie Sie - ebenfalls nicht, und eine angemessene Bezahlung unterstützen wir auch. So weit, so gut.

(Beifall Karsten Jasper [CDU])

Das ist der positive Teil. Mehr Geld für mehr Technik und für neue Methoden, das ist auch okay, aber was ist die Aushöhlung der Freiberuflichkeit? Was soll ausgerechnet hier die flächendeckende Versorgung in Verbindung mit der Gebührenordnung? Das hat überhaupt nichts miteinander zu tun, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP. Hier geht es doch ausschließlich um die Privatpatientinnen und **Privatpatienten** und um nichts anderes. Das muss klipp und klar gesagt werden.

Uns geht es dagegen vorrangig um mehr **Solidarität** und um eine **bedarfsgerechte Versorgung im**

Gesundheitswesen. Die Gebührenordnung der Ärzte sichert den Ärztinnen und Ärzten erhebliche Einkommensvorteile bei der Behandlung von privat versicherten Patientinnen und Patienten, Herr Dr. Garg. Schon zu schwarz-gelben Zeiten wurde die Idee einer Novellierung entwickelt, das ist klar. Das haben Sie auch deutlich gemacht. In der aktuellen schwarz-roten Koalition wurde die Novellierung ausdrücklich nicht in den Koalitionsvertrag aufgenommen. Das ist klipp und klar so. Die Ärzteschaft versucht weiterhin, eine Novellierung der Gebührenordnung mit erheblichen Honorarsteigerungen im zweistelligen Prozentbereich zu erreichen. Das ist eine Position, die man sich genau angucken muss. Es wurde gesagt: Die Novellierung muss in jedem Fall vom Gesundheitsminister unter Zustimmung der Länder per Rechtsverordnung erlassen werden.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Bemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Garg?

Bernd Heinemann [SPD]:

Bitte schön.

Dr. Heiner Garg [FDP]: Herr Kollege Heinemann, Sie führen hier die zweistelligen Steigerungsraten an. Ist Ihnen bewusst, dass es im Bereich der GOÄ seit 30 Jahren keinen Inflationsausgleich gegeben hat?

(Vereinzelter Beifall CDU)

- Ich sage Ihnen gleich etwas zu den Zahlen. Wenn Sie meiner Rede lauschen, werden Sie sich wundern, was für eine Verarmungssituation das im Einzelnen darstellt. Dazu gibt es Untersuchungen, und dazu spreche ich gleich.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Selbst die **Ärzteschaft** konnte sich bisher immer noch nicht auf eine **einheitliche Rechtsposition** einigen. Warum wohl nicht? - Ich komme gleich darauf. Wir Sozialdemokraten werden jedenfalls keine Novelle unterstützen können, die eine überzogene Steigerung privatärztlicher Honorare in zweistelliger Prozenzhöhe zur Folge hat und damit nicht nur die Patientinnen und Patienten, sondern auch die Beihilfekostensituation der Länder und Kommunen so erheblich belastet, dass das für die Steuerzahler richtig schmerzhaft wird. Das zahlen wir letztlich indirekt alle.

(Bernd Heinemann)

Das **Zweiklassensystem der Privat- und Solidaritätskassenzahler** darf nach unserer Auffassung nicht weiter gefestigt werden, und es driftet dann immer weiter auseinander und macht die privatärztliche Behandlung deutlich attraktiver. Das verschärft viele Situationen, um die wir uns hier ständig sorgen. Die SPD macht Politik für alle Menschen. Wir wollen, dass Gesundheit nicht vom Geldbeutel der Menschen abhängt, sondern dass alle Bürger in gleichem Maße an hochwertiger medizinischer Versorgung partizipieren.

(Beifall Wolfgang Baasch [SPD])

Nun komme ich zu meiner Antwort auf Ihre Frage: Eine vom GKV-Spitzenverband in Auftrag gegebene Untersuchung aus dem Jahr 2012 hat gezeigt, dass die **Einnahmen der Ärzte** in den letzten Jahren deutlich stärker gestiegen sind als ihre Aufwendungen. Im Ergebnis haben sich die Überschüsse aus vertragsärztlicher Tätigkeit bis 2011 durchschnittlich auf 134.000 € je Arzt erhöht. Dieser Wert überschreitet den für die Kalkulation der ärztlichen Leistungen maßgeblichen sogenannten Arztlohn um fast 30.000 €. Bezieht man die Privatpatientinnen und Privatpatienten ein, so ist erhoben worden, dass sich der Wert sogar noch verdoppelt, und zwar schon jetzt, ohne dass wir die Gebührenordnung verändert haben. Die Ärztinnen und Ärzte gehören also nicht zu der Berufsgruppe, die in diesem Lande benachteiligt wird. Hier handelt es sich um ein Luxusproblem. Dagegen fehlen bundesweit Hausärzte auf dem platten Land. Darum müssen wir uns kümmern, meine Damen und Herren!

(Beifall SPD und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der in einigen Regionen drohende **Mangel an Hausärzten** wird nicht dadurch behoben, dass zusätzliches Geld mit der Gießkanne über alle Ärzte verteilt wird. Hier sind vor allem gezielte **Fördermaßnahmen** vor Ort erforderlich, an deren Finanzierung sich bereits jetzt vor allem die gesetzlichen Kassen beteiligen und weniger die PKV. Das können sie auch nicht, weil sie jetzt Forderungen haben, die sie kaum bewältigen können. Sie haben allerdings Rücklagen.

Wir hätten das Problem der Honorare gar nicht, wenn die Ärztinnen und Ärzte zu 100 % noch mehr von den Segnungen der gesetzlichen Krankenversicherungen mit über 3 % Honorarsteigerungen jährlich profitieren könnten. Dabei wollen wir sie unterstützen. Durch eine Bürgerversicherung hätten sie ein deutlich höheres und ein regelmäßigeres

Einkommen und brauchten sich nicht mit solcher Honorargeschichte auseinandersetzen.

Wir wollen jedenfalls eine umfassende **Bürgerversicherung**. Wir wollen die einseitige Besserstellung von Privatpatienten nicht zementieren. Wir wollen übrigens auch wieder eine echte Parität und keine einseitigen Zusatzbeiträge zulasten der Versicherten. Genau das sind unsere Ziele. Die Senkung von Lohnnebenkosten war einmal der Grund für die Entlastung der Arbeitgeber in schwierigen Zeiten. Heute geht es der Wirtschaft so gut wie lange nicht mehr. Also ist das überflüssig, Schluss damit. Schluss mit diesen Nebenleistungen. Schon heute besteht das Einkommen der Ärzteschaft zu mehr als 70 % aus den Mitteln der gesetzlichen Versicherung.

Lassen Sie uns die guten Argumente noch einmal im Gesundheitsausschuss austauschen. Vielleicht können wir Sie überzeugen. Deshalb stimmen wir einer Überweisung in den Gesundheitsausschuss zu. - Vielen Dank, meine Damen und Herren, für Ihr Interesse.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Frau Abgeordnete Dr. Marret Bohn das Wort.

Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die GOÄ ist nicht nur für Ärzte, sie auch für Ärztinnen.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Es gibt immer mehr Ärztinnen. Die haben gelegentlich ganz andere Vorstellungen davon, wie sie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf unter einen Hut bekommen. Lieber Kollege Garg, ich glaube, Sie haben sich ein Mosaiksteinchen herausgenommen. Das ist auch ein wichtiges Steinchen, aber es gibt viele Mosaiksteine, die dazu führen, dass wir im ländlichen Raum zu wenig Ärztinnen und Ärzte und in den Ballungszentren relativ viele - ich sage bewusst nicht zu viele - Ärztinnen und Ärzte haben.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Aber Bezahlung ist ein Baustein!)

- Bezahlung ist ein Baustein, da bin ich ausnahmsweise ganz bei Ihnen. Ich gebe Ihnen auch recht, dass sich eine **Gebührenordnung**, die seit dem

(Dr. Marret Bohn)

Jahr 1996 nicht verändert worden ist, überhaupt nicht an moderne Behandlungsmethoden, an Mieten und an Nebenkosten anpassen konnte. Man kann sagen: die Ärztinnen und Ärzte, aber das hilft uns überhaupt nicht weiter, denn das ist eine große Menge an Kolleginnen und Kollegen. Mir scheint es eher um die Verteilung zu gehen. Darüber würde ich mich gern mit Ihnen unterhalten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie von der FDP sagen, wir sollen uns im Sozialausschuss weiter darüber unterhalten. Das finde ich richtig. Ich sage Ihnen aber ganz deutlich: Wir als Grüne sind ganz bei der SPD. Wir wollen eine **Bürgerversicherung**. Wir wollen die gleiche medizinische Behandlung - je nachdem, welche Erkrankungen vorliegen.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Wenn wir das in dieser Legislaturperiode nicht schaffen, dann wünsche ich mir jedenfalls, dass Sie von FDP und CDU sich auch dafür einsetzen, dass wir einen **einheitlichen transparenten Versicherungsmarkt** bekommen. Ich möchte einmal gucken, wie das bei den privaten Krankenversicherungen aussieht, denn ich denke, dass die gesetzlichen Krankenversicherungen mit vielen modernen Modellprojekten auf einem guten Weg sind, viel mehr anzubieten, als wir noch vor einigen Jahren gedacht hätten.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Zu der GOÄ sage ich Ihnen ganz offen: Es bringt uns alle nicht weiter, wenn wir uns ansehen, wie viele Cent da hingehen, wie viele Cent dort hingehen. Vielmehr müssen wir grundsätzlich überlegen, wie wir die Verteilung hinbekommen. Wir müssen uns auch die Facharztgruppen ansehen. Herr Kollege Garg, das wissen Sie. Ich wünsche mir schon, dass bei den Kinderärztinnen und Kinderärzten, bei den Kinder- und Jugendpsychotherapeutinnen und -therapeuten und bei den Allgemeinmedizinerinnen und -medizinern einmal geguckt wird. Ich teile Ihre Einschätzung ausdrücklich nicht, dass das die Lösung ist für die Versorgung im ländlichen Raum.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Die Lösung nicht, aber ein Baustein!)

Ich bin sehr gespannt auf die weitere Diskussion im Ausschuss und freue mich auf die Beratungen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Fraktion der PIRATEN hat nun Herr Abgeordneter Wolfgang Dudda das Wort.

Wolfgang Dudda [PIRATEN]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag der FDP ist auch ohne Bürgerversicherung völlig richtig und zeitgerecht. Darauf hat der Kollege Jasper hingewiesen, und zwar vor dem Hintergrund dessen, was morgen und in diesen Tagen in Berlin passiert.

Ich persönlich bin genau wie meine Partei ein Freund der Bürgerversicherung. Die ist aber nicht da. Da kann ich mit Peer Steinbrück sprechen und sagen: „Hätte Hätte Fahrradkette“. Bis dahin müssen wir uns eben mit der **GOÄ** beschäftigen. Um zu zeigen, wie sie wirkt und dass sie nicht nur Ärzte reich macht, sondern auch armen, geringbesoldeten Beamten große Probleme macht, müssen wir einmal über Folgendes sprechen:

Ich frage das Publikum oben auf der Tribüne einmal, ob Sie Folgendes verstehen. Das steht nämlich so in der Gebührenordnung, und das kann kein anderer Mensch verstehen. Ich lese genau vor, denn das kann man nicht auswendig lernen, das ist unmöglich:

„einfacher Gebührensatz: der einfache Gebührensatz errechnet sich aus Punkte x 0,0582873 € ...

zulässiger Gebührensatz:

zulässiger Gebührensatz ist der um den ohne Begründung zulässigen Faktor gesteigerte einfache Gebührensatz (Schwellwert)

reduzierte Faktoren für bestimmte Leistungen und Zuschläge sind rot gekennzeichnet. Laborleistungen, welche mit dem 1,15-fachen des einfachen Gebührensatzes berechnet werden können, sind dunkelrot markiert.

Wird ein abweichender Steigerungsfaktor vereinbart, so sind § 2 und § 5 der GOÄ zu beachten.“

Leute, das ist nicht transparent, das kann keiner verstehen, und das muss weg.

(Beifall PIRATEN, CDU und FDP)

Liebe Kollegen, keine Sorge, ich werde nicht noch einmal so ein Ding bringen. Hier geht es um **Transparenz**. Das ist eines unserer Themen. Die jetzigen Regelungen kann kein Mensch nachvollziehen. Es ist auch nicht angepasst.

(Wolfgang Dudda)

Die Gebührenordnung für Ärzte und die Gebührenordnung für Zahnärzte regeln die Abrechnung privatärztlicher und privat Zahnärztlicher Leistungen, das heißt aller medizinischen und Zahnmedizinischen Leistungen außerhalb der gesetzlichen Krankenversicherung. In ihnen sind die Gebühren für ärztliche und Zahnärztliche Leistungen verzeichnet. Ich könnte alles aufzählen - bis hin zum Labor -, was damit gemeint ist. Das erspare ich mir aus Zeitgründen. Die Regelungen betreffen jeden, der diese Leistungen in Anspruch nehmen muss und bei dem danach abgerechnet wird. Es sind vielfach die kleinen, unterbezahlten Beamten, die diese Leistungen auf dem Beihilfegeweg abrechnen.

(Beifall PIRATEN, CDU und FDP)

Das hat nichts damit zu tun, dass sich reiche Ärzte die Taschen vollmachen. Das kritisiere auch ich. Das Problem ist, dass wir diese **Gebührenordnung** immer noch haben. Sie muss **novelliert** werden. Die Kollegin Bohn hat darauf hingewiesen: Die letzte Novelle ist vor 20 Jahren erfolgt. Das Ding ist asbachuralt und muss weg. Es muss verständlicher, einfacher, nachvollziehbar und vor allen Dingen für alle Menschen verständlich werden.

(Vereinzelter Beifall PIRATEN und CDU)

Darum haben die Bundesärztekammer und der Verband der Privaten Krankenversicherung dem Bundesminister für Gesundheit im September 2011 angeboten, vor Beginn der fachlichen Vorarbeiten zur GOÄ-Novelle einen gemeinsamen Vorschlag zu erarbeiten. Sobald dieser vorliegt - der soll jetzt wohl vorliegen, wenn ich es richtig verstanden habe -, wird die Novellierung vorbereitet. So stand es am 17. August 2015 auf der Seite des Bundesministeriums für Gesundheit zu lesen.

Dass es seit 2011 nicht gelungen ist, von den Fachleuten die nötige Vorarbeit abzuschließen, mag die FDP motiviert haben, diesen Antrag zu stellen, dem ich zustimmen könnte - auch wenn ich eine Bürgerversicherung will. Bis dahin sind auch noch andere Baustellen zu bearbeiten. Mit einer Ausschussüberweisung kann ich genauso gut leben, denn das Thema ist es wert, diskutiert zu werden. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall PIRATEN)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat der Abgeordnete Flemming Meyer.

Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Die „Ärztezeitung“, die überwiegend die Interessen der niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte vertritt, vermeldete am letzten Wochenende, dass die FDP-Fraktion in Schleswig-Holstein die Umsetzung der **Novelle der Gebührenordnung** forcieren möchte. Die „Ärztezeitung“ gehört zu den Befürwortern der neuen Gebührenordnung, die die Ärztesfunktionäre mit den Privatversicherungen und dem Gesundheitsminister ausgehandelt haben. Der Konsens innerhalb der **Ärztenschaft** bröckelt allerdings gewaltig, sodass jede kleine Meldung gerade recht kommt, auch eine aus Schleswig-Holstein.

Auf den Kommentarseiten derselben Zeitung wird seit Monaten gegen diese Novelle gewettert. Viele Ärzte sind nämlich überhaupt nicht zufrieden mit dem, was ihre Standesvertreter in jahrelangen Verhandlungen ausgehandelt haben. Einige Ärzte sind regelrecht auf den Barrikaden, weil sie sehen, wie Kollegen nur wenige Kilometer weiter in einem anderen Kammerbezirk viel höhere Honorare bekommen als sie, und das für die genau gleiche Leistung. Die Ärzte kritisieren darüber hinaus, dass sich Labormediziner oder Radiologen eine goldene Nase verdienen können, während Ärztegruppen ohne große Apparate - wie Hausärzte oder Kinderärzte - in die Röhre gucken. Die Wogen gehen hoch.

Die Öffentlichkeit soll diese Auseinandersetzungen möglichst nicht mitbekommen. Die Ärztevertreter versuchen, soweit es geht, die Konflikte unter der Decke zu halten. Viele Einkommensunterschiede zwischen Regionen und Ärztegruppen sind durchaus hausgemacht. Daraus keimende Konflikte wurden in der Vergangenheit kleingehalten, indem für alle Ärzte Einkommenssteigerungen verhandelt wurden. Mit diesem Wachstum ist jetzt allerdings Schluss.

Bei den Einkommensverbesserungen zum Beispiel über **IGeL** ist langsam das Ende zu erkennen. „Die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung“ meldete in ihrer letzten Ausgabe, dass die Patienten jährlich mehr als eine 1 Milliarde € für 18 Millionen individuelle Gesundheitsleistungen an ihren Arzt gezahlt haben. Das sind im Durchschnitt mehr als 55 € pro Leistung. Damit ist das Ende der Fahnenstange erreicht, viel mehr ist aus den Patienten nicht herauszuholen.

Das ist auch ein Grund für die Ärzte, die Gebührenordnung zu verändern. Sie sehen sich gezwungen, ihre Einkommen auf anderen Wegen erhöhen zu

(Flemming Meyer)

können. Fakt ist, dass die **Gebührenordnung überholt** ist. Sie kennt seit 1984 keinen Inflationsausgleich, was dazu führt, dass die Mengenausweitung die einzige Möglichkeit des Zuwachses ist. Die Kosten für Praxismiete und die Tarife des Praxisteams steigen ja jedes Jahr, was über eine Mengenausweitung der ärztlichen Leistungen ausgeglichen wird. Die Gebührenordnung ist nämlich so gestaltet, dass sie jeden Handgriff eines Arztes mit einem Geldbetrag hinterlegt.

Aufgrund neuer Krankheitsbilder und neuer Behandlungsmethoden hat die Gebührenordnung aber inzwischen so viele **Zusätze und Ergänzungen** erfahren, dass eine gründliche Überholung dringend angezeigt ist. In dem eben angeführten Artikel wird Klaus Reinhardt vom Hartmannbund mit folgenden Worten zitiert:

„Wie ein ärztliches Honorar zustande kommt, ist für die meisten Kollegen nicht mehr durchschaubar.“

Wir haben eben ja ein wunderbares Beispiel dafür bekommen. Das System ist überkomplex, zu teuer und vernachlässigt systematisch qualitätssichernde Faktoren. Die medizinischen Handlungen und Maßnahmen werden nämlich bezahlt, ohne dass irgendeine Instanz schaut, ob die Behandlung sachgemäß oder angemessen gewesen ist. Die alte Gebührenordnung ist unzeitgemäß.

Die **neue Gebührenordnung** stellt allerdings in keinem dieser Punkte eine wirkliche Verbesserung dar. Die Honorarverteilung wird nicht weniger kompliziert, sondern nur geringfügig geändert. Damit wird die Chance auf eine nachhaltige Neuregelung vertan.

Allerdings ist der Novelle zugutezuhalten, dass sie den **Wildwuchs** bei der **Hebung der Gebührensätze** einschränken will. Viele Ärzte erklären nämlich Behandlungen bei Privatversicherten für besonders kompliziert, um den Hebesatz zu erhöhen. Die Privatversicherer wollen diesem Abrechnungsgebaren und der damit verbundenen Willkür einen Riegel vorschieben. Wie bei den gesetzlich Versicherten sieht die Novelle ein gemeinsames Gremium vor, die Gemeinsame Kommission. Bei AOK und Co hilft der Bundesausschuss bei der Kostenbegrenzung. Hier wird eine überfällige Strukturveränderung vorgesehen. Aber diese Novelle ist bei Weitem nicht das, was man sich erwartet hat. Daher die große Enttäuschung. Auch ich freue mich auf die Behandlung im Ausschuss. - Jo tak.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Landesregierung hat die Ministerin für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung, Kristin Alheit.

Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Der vorliegende Antrag richtet sich zwar nicht an die Landesregierung, erlauben Sie mir dennoch ein paar Anmerkungen zum Thema.

Es ist richtig, und alle Redner und Rednerinnen haben das gesagt: Die **Gebührenordnung** für Ärztinnen und Ärzte ist zuletzt vor ziemlich genau 20 Jahren novelliert worden. Wesentliche Teile - auch das haben wir schon gehört - stammen bereits aus dem Jahr 1982, der letzten wirklichen Reform. Von insgesamt 37 Abschnitten des Leistungsverzeichnisses der geltenden GOÄ wurden seit 1982 26 nicht mehr grundlegend überarbeitet, die restlichen 11 bereits vor zehn Jahren. Man kann also in der Tat sagen, dass die GOÄ die Entwicklung der letzten Jahrzehnte in der Medizin überhaupt nicht mehr abbilden kann.

Auf **Bundesebene** gibt es seit Längerem Bemühungen, zu einer Novelle der Gebührenordnung zu kommen, wobei hier nicht allein - auch das haben wir schon gehört - auf die Bundesregierung verwiesen werden kann. So gibt es seit Längerem Verhandlungen zwischen der Bundesärztekammer und dem PKV-Verband, um einen gemeinsamen Vorschlag für die GOÄ-Novelle zu machen. Die Verhandlungen sind durchaus kompliziert und komplex, da das gesamte ambulante und stationäre ärztliche Leistungsspektrum abzubilden ist.

Wer die Diskussionen über die GOÄ verfolgt, wird mitbekommen haben, dass das Thema auch in der **Ärzteschaft** selbst umstritten ist. Ich habe mir dafür ein anderes Zitat aus der „Ärztezeitung“ herausgesucht. Im November letzten Jahres war da zu lesen: „Fronten verhärteter denn je“.

Im Übrigen ist auch ganz klar: Wäre dem nicht so, dann wäre überhaupt nicht nachvollziehbar, warum nicht bereits in der vergangenen Legislaturperiode, in der Schwarz-Gelb die Bundesregierung gestellt hat, eine Neufassung der GOÄ durchgesetzt worden ist. Insofern ist es natürlich auch ein naheliegendes Anliegen der Antragsteller, jetzt den Akteuren zu signalisieren, man sei für eine zügige GOÄ-Novelle. Ob aber eine Überarbeitung, die sich lediglich

(Ministerin Kristin Alheit)

an den jetzt aufgeschriebenen konsensorientierten Forderungen der Antragsteller orientiert, die komplexe Realität abbildet und dieser gerecht wird, bezweifle ich, ehrlich gesagt.

Eine GOÄ-Novelle ist übrigens - das haben wir eben schon gehört - aus gutem Grund auf Bundesebene im Moment weder konsentiert noch vereinbart worden, anders als in der letzten Legislaturperiode. Die SPD-Fraktion hat mit Beschluss vom vergangenen Freitag sehr deutlich gemacht, dass sie für eine Reform, die zu mehr medizinischer Chancengleichheit von GKV-Patienten und Privatversicherten führt, eben nicht zu haben ist.

Ich will an dieser Stelle gar nicht die Diskussion und Debatte über die **Bürgerversicherung**, die ich sehr richtig finde, die ich befürworte und die nach meiner festen Überzeugung auch kommen wird, eingehen.

Lassen Sie mich ganz zum Schluss noch auf einen anderen Punkt hinweisen, der hier bisher noch nicht angesprochen worden ist: Wer über **Honorarerhöhungen** spricht, muss eben auch ganz deutlich Mehrausgaben für alle Beihilfekassen und damit den Steuerzahlern mit in den Blick nehmen. Das gehört nämlich auch zu den Faktoren, zu denen man sich im Zusammenhang mit einer GOÄ-Reform positionieren muss. Insofern finde ich es sehr gut, dass sich die Fraktionen noch einmal Zeit nehmen, das alles im Ausschuss zu bearbeiten. - Danke schön.

(Beifall SPD, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Antrag Drucksache 18/3733 dem Sozialausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 41 auf:

Integration von Flüchtlingen auf den Arbeitsmarkt in Schleswig-Holstein

Bericht der Landesregierung
Drucksache 18/3714

Ich erteile dem Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie, Herrn Reinhard Meyer, das Wort.

Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! 2015 war für viele Flüchtlinge das Jahr des Ankommens. Auch in diesem Jahr werden weitere Flüchtlinge zu uns nach Schleswig-Holstein kommen. Aber 2016 wird vor allem das Jahr der **Integration** werden. Zu den wichtigsten Hebeln für die Integration gehört die **Eingliederung** in den deutschen Arbeitsmarkt. Wir wissen das schon länger. Wir haben das auch im Flüchtlingspakt „Willkommen in Schleswig-Holstein“ formuliert, den wir im Mai 2015 gemeinsam mit vielen Verbänden, Vereinen und Organisationen geschlossen haben. Nun kommt es darauf an, das Thema ganz konkret anzugehen. Die Integration der Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt liegt im gemeinsamen Interesse der Flüchtlinge, der Betriebe und Unternehmen des gesamten Landes.

Schleswig-Holstein - das wissen wir aus der Fachkräfteinitiative - braucht Zuwanderung. Wir haben den demografischen Wandel, wir reden davon, dass uns im Jahr 2030 circa 100.000 Arbeitskräfte fehlen werden. Wir wollen versuchen, dass ein Teil dieser Lücke durch Flüchtlinge geschlossen werden kann, die wir in Arbeit bringen.

Aber machen wir uns nichts vor: Es bedarf einer erheblichen Kraftanstrengung aller beteiligten Akteure, damit diese Chance auch genutzt werden kann. Dazu sind einige Hürden auf dem Weg der Integration in Ausbildung und Arbeit zu überwinden. Das wissen wir: Das beginnt mit der fehlenden **Sprachkompetenz**. Kenntnisse der deutschen Sprache sind absolute Voraussetzung für eine erfolgreiche Vermittlung in Ausbildung und Arbeit. Deshalb brauchen wir nicht nur eine Ausweitung der Sprachkurse, sondern möglichst eine lückenlose Förderkette zum Erlernen der deutschen Sprache, die an dem vorhandenen Sprachniveau der Flüchtlinge ansetzt und es weiter ausbildet.

Dazu gehört aber für Flüchtlinge, die zu uns kommen, auch das **Erlernen** unseres **Wertesystems**, unserer Kultur, unseres gesellschaftlichen Miteinanders.

Der zweite Schritt bei der Integration ist die **Kompetenzfeststellung**. Wir müssen schnell in Erfahrung bringen, welche Qualifikationen und Fertigkeiten die Flüchtlinge mitbringen. Unterschiedliche Schulsysteme, Ausbildungssysteme, Berufsabschlüsse - all das ruft nach einer Einschätzung der jeweiligen Kompetenzen. Häufig ist auch eine gezielte Nachqualifizierung erforderlich.

(Minister Reinhard Meyer)

Die Bandbreite ist groß: vom erfahrenen Arzt bis hin zum Analphabeten.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Deshalb warne ich auch vor Illusionen. Die Flüchtlinge von heute sind weniger die Fachkräfte von morgen als vielmehr die Fachkräfte von übermorgen. Es gibt eine Menge Aufgaben, die vor uns liegen und die wir gemeinsam anpacken müssen. Gutes Beispiel: Anfang dieser Woche habe ich gemeinsam mit Ministerin Britta Ernst und Frau Haupt-Koopmann von der Bundesagentur für Arbeit ein **Programm** für Schleswig-Holstein vorgestellt, das sich „**Begleiteter Übergang für Flüchtlinge in Arbeit und Ausbildung**“ nennt. Das Programm soll ab Juni 2016 flächendeckend in Schleswig-Holstein angeboten werden. Zielgruppe des Programms sind Asylbewerber mit guter Bleibeperspektive, Geduldete mit Arbeitsmarktzugang sowie Asylberechtigte und anerkannte Flüchtlinge.

Wir haben ein zweistufiges Programm aufgebaut. In der ersten Phase geht es vor allen Dingen um intensiven Sprachunterricht und die Feststellung der beruflichen Kompetenzen, und dann in der zweiten Phase - das ist das Entscheidende - wird konkret in ein sozialversicherungspflichtiges Arbeitsverhältnis, eine Einstiegsqualifizierung oder eine Ausbildung vermittelt.

Während dieser zweiten Phase soll - das ist ganz wichtig - das Ganze durch Coaches betreut werden, auch in den Unternehmen. Wir werden weiter Deutschunterricht anbieten und das Ganze zu einem runden Programm entwickeln. Wir haben mit vielen Unternehmensverbänden und Kammern über dieses Programm gesprochen.

Ich kann sagen: Die Bereitschaft zu helfen, konkrete Ausbildungsverhältnisse und Arbeitsplätze bereitzustellen, ist groß. Damit beginnen wir im Sommer mit einem Programm von - in diesem Fall - 2.000 Teilnehmern. Zusammen mit den Programmen der BA, den Perspektivprogrammen, kommen wir damit laut Bundesagentur für Arbeit auf über 10.000 Maßnahmen für Flüchtlinge in Schleswig-Holstein. Das kann sich sehen lassen.

(Beifall SPD, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Aber eines will ich an der Stelle noch einmal ganz klar darlegen: Mir ist wichtig, dass all das, was wir jetzt zur Integration für Flüchtlinge in Ausbildung und Arbeit tun, **zusätzlich finanziert** wird. Wichtig ist: Das darf nicht zu Lasten der Maßnahmen, die wir haben, der bestehenden Arbeitsmarktprogram-

me, finanziert werden. Die müssen weiterlaufen. Beides zusammen gehört zu einer vernünftigen Integration.

(Beifall SPD und Flemming Meyer [SSW])

Ich bin mir sicher: Wenn wir uns im echten Norden gemeinsam dieser Aufgabe stellen und alle Arbeitsmarktakteure ihren Beitrag zur Integration leisten, dann werden wir erfolgreich sein, und wir werden alle davon profitieren. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Ich eröffne die Aussprache. - Das Wort für die FDP-Fraktion hat Herr Abgeordneter Christopher Vogt.

Christopher Vogt [FDP]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich danke der Landesregierung für den vorgelegten Bericht, den wir vor einigen Wochen beantragt hatten, weil wir der Meinung sind, dass die Integration der vielen Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt eine der größten Aufgaben der Politik in den nächsten Jahren sein wird, übrigens nicht nur der Bundespolitik, sondern auch der Landespolitik. Der von der Regierung **vorgelegte Bericht** ist unter dem Strich bedauerlicherweise noch nicht so richtig erhellend. Das ist natürlich aber auch keine große Überraschung, da wohl allen Beteiligten klar ist, dass auch die Landesregierung angesichts der Entwicklung im letzten Jahr und den eigentlich erst in den letzten fünf Monaten stark angestiegenen Flüchtlingszahlen bei dieser gewaltigen Aufgabe noch ziemlich am Anfang steht.

Man darf natürlich nicht unnötig Zeit verlieren, aber ich möchte betonen: Wie bei der menschenwürdigen Unterbringung, der Integration in unser Bildungssystem und in unserer Gesellschaft ganz allgemein stellt sich natürlich auch und - so meine ich - ganz besonders bei der **Integration** der Flüchtlinge in den **Arbeitsmarkt** die Frage, ob und wie wir das schaffen können. Ich halte die Aufnahme einer Beschäftigung für ganz entscheidend bei der Frage, ob die Integration in unsere Gesellschaft am Ende gelingen wird oder nicht.

Ich möchte an der Stelle auch betonen - weil es auch in der Berichterstattung und auch bei vielen Reden von politisch verantwortlich Handelnden durcheinandergeworfen wird -, dass **Zuwanderung** und **Flucht** mittlerweile sehr stark gleichgesetzt

(Christopher Vogt)

werden. Wir haben gestern über die Zuwanderung von qualifizierten Arbeitskräften diskutiert und waren uns da auch nicht einig. Ich glaube, man muss sehen, dass Flucht zunächst einmal Flucht ist und nicht gleichbedeutend mit der Zuwanderung in den Arbeitsmarkt. Deswegen muss man auch auf diese Phänomene unterschiedlich reagieren, so meine ich. Das wird mir mittlerweile zu sehr vermengt. Das wird der Sache nicht gerecht.

Die FDP-Fraktion spricht sich schon seit sehr langer Zeit dafür aus, dass man Asylbewerbern sehr frühzeitig die Möglichkeit geben sollte, eine Beschäftigung aufzunehmen. Da sind mittlerweile große Fortschritte erzielt worden. Das soll nicht nur den **Steuerzahler entlasten** und gegen die nicht ganz ungefährliche Langeweile in den Unterkünften helfen. Die Möglichkeit zu arbeiten, also einer sinnvollen Tätigkeit relativ schnell nachzukommen, hat auch sehr viel mit der **Würde der geflüchteten Menschen** zu tun. Das soll man an der Stelle nicht vergessen.

Was ist nun zu tun, meine Damen und Herren? Ich bin der Überzeugung, dass auch bei der Integration in den Arbeitsmarkt zunächst einmal Realismus und Ehrlichkeit gefragt sind.

(Beifall FDP)

- Meine Fraktion ist auch aufgewacht; ich freue mich! - Wenn wir uns den Bericht anschauen, sehen wir, dass wir es bei den zu uns geflüchteten Menschen zu einem sehr geringen **Anteil mit Fachkräften** zu tun haben. Um die 10 % - das sind die Daten, die wir bisher kennen - verfügen über einen Hochschulabschluss, wobei natürlich die Frage ist, ob sie qualitativ mit unseren vergleichbar sind. Wie es mit der Chance der Anerkennung der Abschlüsse steht, ist auch nicht ganz klar. Aus den bisher bekannten Erhebungen wissen wir, dass etwa Zweidrittel der Flüchtlinge lediglich über ein sehr **niedriges Bildungsniveau** verfügen, also über das, was die OECD als Grundkompetenzen definiert. Das bedeutet also, dass man einigermaßen lesen, schreiben und rechnen kann.

Aus der Erfahrung wissen wir, dass man es damit auf unserem Arbeitsmarkt zunehmend sehr schwer hat. Das ist eine zunehmende Herausforderung für den Bereich der Qualifizierung.

Der Minister hat vollkommen recht: Wir müssen erst einmal unsere **Kultur** vermitteln, aber auch unsere **Sprache** und unsere Schrift. Das ist gerade bei den Flüchtlingen aus dem arabischen Raum eine besondere Herausforderung.

Die Deutschkurse der Bundesagentur für Arbeit werden bundesweit extrem stark nachgefragt. Man hat mit etwa 100.000 zum jetzigen Zeitpunkt gerechnet. Es sind jetzt über 220.000 Menschen, die in den Deutschkursen sind. Das zeigt, dass ein großer Integrationswille vorhanden ist. Das sollte man an dieser Stelle auch betonen.

In der Tat sollte das Hauptaugenmerk nicht allein auf den absoluten Zahlen liegen. Die Sprachkurse müssen auch den qualitativen Anforderungen entsprechen. Ich muss ganz ehrlich sagen: Es ist natürlich unheimlich schwierig, in so kurzer Zeit so viele qualifizierte Deutschlehrer zu finden. Das ist ein Riesenproblem. So einfach ist das leider nicht.

Ich finde, die **Unternehmen** sind sehr bereit, dort zu helfen. Aber sie sind Unternehmen und keine wohlthätigen Organisationen. Deswegen kann das nur mit der Unterstützung der Allgemeinheit gehen. Das ist leider auch ein Problem, vor dem wir Liberale stehen, dass man zusehen muss, dass man das entsprechend unterstützt.

Ich möchte kurz auf das hinweisen, was verschiedene Bildungsexperten, aber auch die Bundesagentur für Arbeit sagt, nämlich dass ein großer Teil der Flüchtlinge - so ist zumindest die bisherige Erfahrung in den verschiedenen Bundesländern - gar nicht an einer **Ausbildung** interessiert sind, wie wir sie kennen und schätzen: drei Jahre Ausbildung, klassisch, IHK, im Handwerk. Daran sind die meisten nicht interessiert. Die Erfahrung zeigt, bisher ist es so, dass die Flüchtlinge sagen: Wenn wir arbeiten können, wollen wir möglichst schnell möglichst viel Geld verdienen. Das ist menschlich nachvollziehbar. Wir müssen diese Menschen aber auch qualifizieren, damit sie mittel- und langfristig eine Perspektive auf dem Arbeitsmarkt haben. Da beißt sich die Katze so ein bisschen in den Schwanz.

Abschließend möchte ich deshalb sagen: Momentan kommt uns nicht entgegen, dass der Arbeitsmarkt in den letzten Jahren deutlich unflexibler geworden ist bei der großen Menge an eher Unqualifizierten, die wir aufnehmen müssen. Deshalb sollten wir diesen Bericht der Landesregierung in großer Ernsthaftigkeit weiter im Ausschuss debattieren. Ich wünsche Ihnen allen noch ein schönes Wochenende. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, SPD und PIRATEN)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Johannes Callsen.

Johannes Callsen [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wer sich in diesen Tagen in seinem Wahlkreis mit Flüchtlingen unterhält - ich bin sicher, wir alle tun das -, der spürt, dass unter ihnen ausgesprochen viele sind, die sich **qualifizieren** wollen, die **arbeiten** wollen, die vor allen Dingen eine **sinnvolle Beschäftigung** suchen und haben wollen. Deswegen geht es heute richtigerweise in dieser Debatte und in dem Bericht des Ministeriums, für den ich herzlich danke, konkret um die Frage, wie wir diejenigen Flüchtlinge, die eine dauerhafte Bleibeperspektive haben, schnell in unsere Gesellschaft integrieren können. Richtigerweise ist der Ausbildungs- und Arbeitsmarkt derjenige, der einen wichtigen Beitrag dazu leisten kann.

Integration von Flüchtlingen kann für Schleswig-Holstein eine große Chance für die Zukunft sein. Es ist ausdrücklich darauf hingewiesen worden: Die Wirtschaft, unsere Unternehmen, brauchen **Fachkräfte**. Insofern ist das in der Tat eine Chance. Allerdings - auch das ist gesagt worden - stehen wir vor einer gewaltigen Herausforderung. Wir sollten ehrlich sagen: Die Integration dieser Menschen in unsere Gesellschaft ist keine Herausforderung für heute und morgen, sondern eine Herausforderung, die vermutlich Jahre dauern wird.

Eine Herausforderung ist ebenso, dass viele derjenigen Menschen, die jetzt zu uns kommen, über nahezu **keine Berufsausbildung** und viele davon nicht einmal über eine oder nur **geringe Schulbildung** verfügen. Hier trifft die Wunschvorstellung, alle Menschen schnell in Arbeit zu bringen, auf die Realität. Die Bundesagentur für Arbeit spricht in diesem Zusammenhang von über 80 % der registrierten Flüchtlinge, die zu dieser Kategorie gehören.

Die zweite Herausforderung - auch das ist richtigerweise gesagt worden - liegt in den mangelhaften **Sprachkenntnissen**. Deutsche Sprachkenntnisse müssen in der Tat möglichst schnell und zügig vermittelt werden. Von der Frage, wie wir diese Herausforderung meistern, hängt in der Tat nicht weniger ab als die Akzeptanz der Flüchtlinge und der Asylbewerber in unserer Gesellschaft.

Meine Damen und Herren, wir als Gesellschaft müssen ein ureigenes Interesse daran haben, diese Menschen so schnell wie möglich und so nachhaltig wie möglich aus den sozialen Sicherungssystemen heraus in Arbeit zu bringen. Es geht auch um persönliche Wertschätzung gegenüber diesen Menschen und am Ende um die Frage von weniger Be-

lastung für unsere Sozialsysteme. Wenn uns das gemeinsam mit den anerkannten Flüchtlingen und Asylbewerbern gelingt, dann werden sie hier ihren Platz in unserer Gesellschaft, in unserem Bundesland finden.

Dazu gehört aber auch, dass wir über bestimmte Dinge im weiteren Verfahren nachdenken müssen. Ich glaube, die Frage der **Vorrangprüfung**, die für Mangelberufe bereits flexibilisiert worden ist, kann auch in der Zukunft noch etwas flexibler gehandhabt werden.

Wir müssen aus der Situation von 2015 lernen, damit die **Erstberatung** am besten schon in den **Flüchtlingsunterkünften** und den **Erstaufnahme-einrichtungen** mit der Erfassung der Qualifikation der Menschen, die dort ankommen, sortierter und vollständiger passieren kann. Mit der Erhebung, welche Qualifikation hat derjenige, der hierher kommt, erst zu beginnen, wenn die Menschen auf die Kommunen verteilt sind, ist nach meiner Auffassung viel zu spät. Deshalb kann für mich die Aussage der Landesregierung, dass die Qualifikation der Flüchtlinge bisher nicht erfasst werden konnte, auf keinen Fall zufriedenstellen. Bundes- und Landesbehörden müssen hier wesentlich schneller ihre Hausaufgaben machen. Denn wie soll am Ende, liebe Kolleginnen und Kollegen, Integration in den Arbeitsmarkt gelingen, wie soll die Vernetzung mit den Jobcentern, die besser werden muss, gelingen, wenn wir am Ende gar nichts über die konkrete Qualifikation der Flüchtlinge, die zu uns kommen, wissen?

Interessant ist in diesem Zusammenhang auch eine Regelung aus Bayern, die wir als CDU-Fraktion ausdrücklich unterstützen. Dort ist nämlich vorgesehen, dass die **Berufsschulpflicht** für jugendliche Asylbewerber, die über keinen Schulabschluss und über ausgesprochene mangelhafte Deutschkenntnisse verfügen, bis zum 25. Lebensjahr verlängert werden kann,

(Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

um ihnen eine Qualifizierungsperspektive in diesem Land zu geben.

(Beifall CDU)

Es ist gut, Herr Minister, dass Sie, die Wirtschaft, die Bundesagentur für Arbeit ein entsprechendes Programm für 10.000 Arbeits- und Ausbildungsplätze aufgelegt haben. Ich danke insbesondere den vielen **Betrieben in der Region**, die Flüchtlingen

(Johannes Callsen)

und Asylbewerbern eine Chance für den Eintritt in den Arbeitsmarkt geben wollen.

Genau diese Bereitschaft der Betriebe darf dann aber nicht daran scheitern, dass die Landesregierung sozusagen eigene Hürden aufstellt, die einen Eintritt in den Arbeitsmarkt erschweren. Ich meine konkret den **Landesmindestlohn**, der - wie wir alle wissen - höher ist als der Bundesmindestlohn, und der leider im Unterschied zum Bundesmindestlohn auch keine Ausnahmen für diese Fälle vorsieht und dadurch zu einer echten Integrationsbremse für Flüchtlinge wird. Deshalb meine herzliche Bitte, konkret darüber nachzudenken.

(Beifall CDU)

Wir müssen Sorge dafür tragen, dass diejenigen Menschen, die an dieser Gesellschaft mitwirken wollen, hier auch ihren Platz finden. Die Landesregierung hat leider zusätzliche Barrieren aufgebaut. Sie erschweren die Integration der Flüchtlinge. Auch hierüber - Herr Präsident! - werden wir im Ausschuss weiter beraten. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU)

Präsident Klaus Schlie:

Da ist dann auch genug Zeit dafür. - Das Wort für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Wolfgang Baasch.

Wolfgang Baasch [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach dem Ankommen von vielen geflüchteten Menschen in unserem Land und den großen Anstrengungen von vielen Menschen, diesen Geflüchteten in unserer Gesellschaft einen Platz zu organisieren, steht jetzt die Aufgabe einer aktiven **Integrationspolitik** auf der Tagesordnung. Eine aktive Integrationspolitik ist notwendig. Das gilt insbesondere für den Arbeitsmarkt.

Möglichst viele der geflüchteten Menschen müssen jetzt so schnell wie möglich in **Sprache, Ausbildung und Arbeit** gebracht werden - eine Erkenntnis, die nicht neu ist, aber nach wie vor richtig, wenn wir davon ausgehen, dass viele diese geflüchteten Menschen in Zukunft unsere Nachbarn und unsere Arbeitskollegen sein werden.

Diese Perspektive wurde auch schon beim Flüchtlingsgipfel im Mai 2015 von der Landesregierung mit vielen Akteuren der Flüchtlingshilfe und mit vielen gesellschaftlichen Gruppen diskutiert und besprochen. Soll dies gelingen, ist eine Verbesse-

rung der **Arbeitsmarktperspektiven von Geflüchteten** ein wichtiger Schritt. Denn zurzeit haben Flüchtlinge nur einen sehr eingeschränkten Zugang zum Arbeitsmarkt.

Die Landesregierung hat hier reagiert und gemeinsam mit der Bundesagentur für Arbeit ein Programm aufgelegt, in dem bis zu 2.000 Frauen und Männer auf eine Einstiegsqualifizierung und eine Berufsausbildung oder ein sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis vorbereitet werden sollen. Das Programm „Begleiteter Übergang für Flüchtlinge in Arbeit und Ausbildung in Schleswig-Holstein“ ist ein richtiger Schritt, um die **Arbeitsmarktintegration** von geflüchteten Menschen zu stärken.

(Beifall SPD, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Mit einer gelungenen Arbeitsmarktintegration wird auch die Akzeptanz innerhalb der Bevölkerung für die Aufnahme von Flüchtlingen gestärkt. Sie ist daher absolut prioritär zu behandeln.

Neben der Unterstützung und Motivation der geflüchteten Menschen wird es aber auch darauf ankommen, die Wirtschaft und die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber zu unterstützen, damit sie den geflüchteten Menschen entsprechende Arbeits- und Ausbildungsangebote machen können. Daher ist es gut und richtig, dass sich das gemeinsame Programm von Landesregierung und Bundesagentur für Arbeit darauf bezieht.

Zum einen soll mit den geflüchteten Menschen sehr schnell ihre persönliche und **individuelle Ausgangslage** geklärt werden, zum anderen sollen aber auch die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber Unterstützung finden, wenn es darum geht, Beschäftigung und Ausbildung für geflüchtete Menschen bereitzustellen.

Eine erfolgreiche Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten muss damit beginnen, dass schnellstmöglich nach der Einreise individuell erfasst und dokumentiert wird, über welche Ressourcen der Einzelne verfügt.

(Vereinzelter Beifall SPD und Beifall Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Hierzu bedarf es muttersprachlicher Beraterinnen und Berater in den Jobcentern und in den Agenturen für Arbeit. Denn auch hier gilt: Gute Kommunikation vermeidet viele Probleme. Es dauert momentan viel zu lange, bis Geflüchtete mit dem Arbeitsmarkt bei uns konfrontiert werden. Das bedeutet, dass viele unserer komplizierten und bürokratischen

(Wolfgang Baasch)

Regelungen auf den Prüfstand gehören. Es kann nicht sein, dass es eineinhalb bis zweieinhalb Jahre dauert, bevor ein geflüchteter Mensch überhaupt Kontakt zum Arbeitsmarkt bekommt.

(Beifall SPD, Wolfgang Dudda [PIRATEN] und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Flüchtlinge brauchen einen **raschen Zugang zum Ausbildungs- und Arbeitsmarkt** und zu berufsbezogenem Sprachunterricht. Dabei muss auch die im Moment angewandte Vorrangprüfung hinterfragt werden. Sie darf nicht zur Arbeitsverhinderung führen.

(Beifall SPD und Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

So sollten auf jeden Fall aber die ausländer- und arbeitsrechtlichen Vorschriften für **Praktika** vereinfacht werden. Denn bei den bestehenden komplexen Regelungen blickt kein Flüchtling, kein Arbeitgeber und kaum jemand, der sich ein wenig mit der Materie beschäftigen will, durch.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, überhaupt nicht hilfreich sind dabei die Stimmen, die unverhohlen und populistisch die **Absenkung von Standards** fordern - und das nicht nur für Flüchtlinge. Wer glaubt so, den **Mindestlohn** aushebeln zu können, treibt ein übles Spiel auf dem Rücken aller Menschen im unteren Lohnbereich.

(Beifall SPD, Dr. Ralf Stegner [SPD] und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Denn ein handlungsfähiger Sozialstaat gilt für alle Menschen, ob sie hier geboren oder ob sie eingewandert sind.

Abschließend ein Dankeschön an alle, die sich auf den Weg gemacht haben, geflüchteten Menschen eine Perspektive in Ausbildung und Arbeit zu geben. Viele Arbeitgeber in Schleswig-Holstein engagieren sich hier bereits ganz hervorragend. Wenn staatliches Handeln, betriebliches und ehrenamtliches Engagement sowie die persönliche Motivation der Geflüchteten konstruktiv zusammengeführt und miteinander abgestimmt werden, dann wird die Arbeitsmarktintegration von vielen geflüchteten Menschen auch in Schleswig-Holstein vorbildlich gelingen.

Mit einem Dank an das Arbeits- und Wirtschaftsministerium für den vorgelegten Bericht beantrage ich die Überweisung an den Sozialausschuss und an den Wirtschaftsausschuss. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Frau Abgeordnete Ines Strehlau.

Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister Meyer, vielen Dank an Ihr Haus und die weiteren beteiligten Ministerien für die Erstellung des umfassenden Berichtes. 2016 wird das Jahr der Integration - so hat es gerade Minister Meyer gesagt, so hat es bereits Innenminister Studt vor Kurzem verkündet. Dieser Bericht zeigt, wie die Integration gehen kann.

Mit den dort vorgestellten Maßnahmen werden wichtige Weichen für eine **Arbeitsmarktintegration** gestellt. Mir gefällt das breite Bündnis, das sich in der Wirtschaft gefunden hat, um aus den Belastungen der Flüchtlingssituation die Chancen von morgen zu kreieren. Alle Akteure stellen sich gemeinsam der Herausforderung und sehen die Chance, dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Die Programme und Projekte entstehen für den politischen Betrieb auch in einer enormen Geschwindigkeit - eine völlig neue, eine gute Erfahrung.

Es gibt inzwischen Angebote für verschiedene Altersstufen und für Menschen mit und ohne berufliche Ausbildung. Es gibt Kompetenzfeststellungen, Qualifizierungsangebote, Beratung beim Anerkennungsverfahren für die im Heimatland erworbene berufliche Qualifikation, praktisches Arbeiten in Werkstätten und Betrieben, Beratung der Betriebe, Studienkollegs und vieles mehr.

Wir sind in Schleswig-Holstein auf einem Weg von Einzelbausteinen zu einem Gesamtkonzept der Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt. Das kann sich sehen lassen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Der Flüchtlingspakt war dafür eine gute Basis. Sehr wichtig erscheint mir die gerade von Wirtschaft, Landesregierung und Agentur für Arbeit vereinbarte **Fördermaßnahme BÜFAA.SH**. Das ist das, was der Minister und meine Vorredner auch schon dargestellt haben. Es handelt sich um ein Programm für wahrscheinlich vorwiegend junge erwachsene Flüchtlinge über 18 Jahre, die nicht mehr berufsschulpflichtig sind. Für sie gab es bis jetzt kaum

(Ines Strehlau)

Angebote. Mit BÜFAA.SH sollen die Jugendlichen und jungen Erwachsenen in zwei Phasen an Ausbildung oder sozialversicherungspflichtige Beschäftigung herangeführt werden. Auch die Betriebe werden begleitet. Coaches sind ein wichtiger Teil des Programms. Diese individuelle Begleitung ist auch in anderen Programmen sehr erfolgreich. Gut, dass sie dazugehören. Das Projekt nimmt alle wichtigen Akteure mit und wird sicher ein Erfolg.

Sprache bleibt der Schlüssel zu Integration. Die Öffnung der Integrationskurse ist richtig, allerdings muss die starre Beschränkung auf wenige Länder aufgehoben werden. Da muss sich der Bund bewegen. Ich bin sehr froh, dass wir die Mittel für die sprachlichen Erstorientierungskurse für Flüchtlinge vom Land auf 4 Millionen € im Jahr 2016 verdoppelt haben. An ihnen nehmen aktuell mehr als 3.300 Menschen an 84 Standorten teil. Die STAFF.SH-Kurse sind ein Erfolgsmodell. Anschlusskurse müssen allerdings folgen.

Es bleiben noch Baustellen: Wir brauchen die Änderung des Aufenthaltsrechts, damit wir die 3+2-Regelung richtig umsetzen können. Die Grenze für die Ausbildung von 21 Jahren muss gelockert werden. Die **Vorrangprüfung** muss weg. Sie ist als eindeutiges Integrationshindernis erkannt und hat in meinen Augen keine Daseinsberechtigung mehr. Sie ist eine bürokratische Hürde, die Betriebe entmutigt, Flüchtlinge anzustellen. Das ist ein völlig falsches Signal.

Auch die Flüchtlinge haben Anspruch auf den **Mindestlohn**. Wer eine Absenkung fordert, schafft einen Niedriglohnssektor, den wir mit dem Mindestlohn gerade beseitigen wollen. Mit konstruktiver Flüchtlingspolitik hat das nichts zu tun.

(Beifall Wolfgang Baasch [SPD])

Die Anerkennungsverfahren müssen schneller werden, Wartezeiten von einem Jahr und mehr sind zu lang.

Wir sind insgesamt auf einem guten Weg. Trotzdem brauchen wir Geduld, und zwar Geduld auf allen Seiten. Die Arbeitslosenzahlen könnten in der zweiten Hälfte des Jahres steigen. Es braucht Zeit, bis unsere Sprache gelernt ist und Qualifikationen erworben oder anerkannt sind. Für die **Integration in den Arbeitsmarkt** brauchen wir einen langen Atem. Auch viele Flüchtlinge werden Geduld brauchen, bis sich ihre Hoffnungen auf ein unabhängiges Leben fernab sozialer Sicherung erfüllt haben werden. Wir werden auch vor der Situation stehen, dass ein bestimmter Teil der Geflohenen überhaupt keinen Zugang zum Arbeitsmarkt finden wird. Das

ist am Ende bitter für alle. Es liegt an unserer Politik heute, diese Gruppe so klein wie möglich zu halten.

Aber: Wir haben aus der Vergangenheit gelernt, unterstützen und fördern von Anfang an. Wir haben einen stabilen Arbeitsmarkt. Ich bin davon überzeugt: Wir kriegen das gemeinsam hin. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Fraktion der PIRATEN hat der Herr Abgeordnete Wolfgang Dudda.

Wolfgang Dudda [PIRATEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich danke der FDP ganz besonders für diesen Antrag, denn er beschäftigt sich mit etwas sehr Wichtigem für unsere Zukunft. Die Integration von Flüchtlingen auf dem Arbeitsmarkt muss gelingen. Ein Miteinander in einer Situation, in der das nicht gelungen ist, mag ich mir nicht vorstellen. Von daher ist dieser Antrag auch sozialpolitisch und gesellschaftspolitisch völlig verantwortlich.

Ich muss auch sagen: Ich habe von der Landesregierung selten einen so guten Bericht bekommen wie diesen. Die Tatsache, dass noch nicht genügend Zahlenmaterial vorliegt, werde ich in meiner Rede noch bedienen. Aber der Bericht ist toll. Er beschreibt das Richtige. Und darauf komme ich jetzt zu sprechen.

Dass die Landesregierung noch nicht umfassend und mit dem Anspruch auf Richtigkeit über diese Thematik berichten konnte, liegt auf der Hand. **Zahlenmaterial** liegt nicht in belastbarer und ausreichender Form vor. Zu viele unbekannte Faktoren und Entwicklungen in der Zukunft machen verlässliche Prognosen derzeit noch unmöglich.

Dass sich die Landesregierung nicht zuletzt deshalb der Zahlen des Instituts für Arbeitsmarkt und Berufsforschung bedient hat, ist für mich verständlich. Die eigenen Schätzungen der Landesregierung, wonach bis zum Jahresende 2016 nur etwa 25.000 Flüchtlinge mit Bleibeperspektive als „Kunden“ bei den ARGen und Jobcentern ankommen werden, halte ich aber für deutlich zu niedrig eingeschätzt.

Dagegen sind die Einschätzungen der Landesregierung zur konzeptionellen Lösung des Problems am

(Wolfgang Dudda)

Ende Ihres Berichts völlig richtig. Zugleich offenbart diese Einschätzung jedoch auch eines der Hauptprobleme, das ist die tatsächlich abgestimmte **Koordination der Arbeitsmarktakteure**, wie die Landesregierung ihre Partner bezeichnet.

Fehlende formale oder tatsächliche Qualifikationen - der Herr Kollege Callsen sprach das an -, unzureichende Sprachkenntnisse, die möglichst frühzeitige Feststellung möglicher Kompetenzen und arbeitsmarktpolitische Steuerungsmaßnahmen machen ein konzertiertes Vorgehen in den Bereichen Bildung, Soziales und Arbeit nötig. Dazu gehört auch, dass der Arbeitsmarkt der Zukunft analysiert wird und damit die **Bedarfssteuerung** so erfolgt, dass durch die Integration auch über den Arbeitsmarkt für die Flüchtlinge und für uns etwas entsteht, das gut für unsere Gesellschaft ist.

Völlig zu Recht beschreibt die Landesregierung dies als langen Weg in ihrem Bericht. Umso erforderlicher ist es, sich nun möglichst schnell auf diesen Weg zu machen. Dies sollte, um im Bild zu bleiben, auch im Gleichschritt passieren.

Die im Bericht zitierten Vorstellungen der Wirtschaftsministerkonferenz vom Dezember 2015 beschreiben richtige Ansätze für eine zeitgemäße Integrations- und Arbeitsmarktpolitik für die Flüchtlinge. Der Verzicht auf bürokratische Integrationshindernisse, von denen auch der Kollege Callsen hier einige genannt hat, ist dabei ein zentraler Punkt. Der wird auch von der Wirtschaft und vom Handwerk gefordert, die klarer und viel früher als viele andere die enormen **Chancen einer gelungenen Integration** erkannt und auch formuliert haben.

Die von den Wirtschaftsministern an die Wirtschaft gestellten Forderungen sind ebenfalls richtig. Und das Prinzip First In - First Out für die bereits anerkannten Flüchtlinge hilft dabei, erste Spitzen abzubauen.

Die Landesregierung hat sich auf der Wirtschaftsministerkonferenz laut ihrem Bericht mit Vorschlägen eingebracht und dies auch auf der Arbeits- und Sozialministerkonferenz im November 2015 getan. Die im Bericht genannten Vorschläge sind richtig, keine Frage. Allerdings mangelt es noch an den Konzepten, wie das Richtige umgesetzt werden soll.

Trotzdem: Das an allen Stellen vernetzte Vorgehen der Landesregierung ist gut. Ob es tatsächlich wirkt und die gewünschte Integration ermöglicht und beschleunigt, müssen wir noch abwarten. Wenn aber die beteiligten Player DGB, Kammern, Innungen,

Kommunen und Verbände bis hin zu den ARGen und Jobcentern weiter mit der Landesregierung für eine gelungene Integration der Flüchtlinge auf dem Arbeitsmarkt arbeiten, dann ist das nicht schlecht, sondern gut und zu begrüßen.

Dass es in dem Bericht an vielen Stellen noch an der erforderlichen Konkretheit mangelt, liegt nach meiner Meinung in der Natur der Sache und berührt den Ausgangspunkt meiner Rede: Es gibt noch nicht genug verlässliches Zahlenmaterial. Dies zu beschaffen, muss oberste Priorität sein. Da muss allerdings auch der Bund deutlich besser als bisher liefern.

Auch ich spreche mich für die Beratung im Wirtschaftsausschuss und im Sozialausschuss aus. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall PIRATEN)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat der Herr Abgeordnete Flemming Meyer.

Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch ich möchte mich beim Herrn Minister für seinen ausführlichen Bericht bedanken sowie auch bei der FDP als Antragstellerin.

Heute zeigt sich, dass es wichtig und richtig war, bereits frühzeitig alle politischen und gesellschaftlichen Ebenen einzubinden, um einen gemeinsamen Weg in puncto Flüchtlingspolitik zu gehen. Mit dem **Flüchtlingspakt** haben sich alle Teilnehmer im Land bereit erklärt, die Situation für Flüchtlinge in Schleswig-Holstein kurz- und mittelfristig zu verbessern. Dieses breite Bündnis mit seinem umfangreichen Maßnahmenpaket bietet flüchtenden Menschen nicht nur gute Lebensbedingungen, sondern auch eine echte Perspektive für eine Zukunft in unserem Land. Darum muss es gehen, wenn wir wollen, dass Flüchtlinge sich bei uns im Land integrieren sollen.

In der Debatte zur Asyl- und Ausländerpolitik hat mein Kollege Lars Harms unter anderem gesagt: „Menschen ohne Arbeit fühlen sich ausgegrenzt, wertlos und nicht willkommen“. Damit hat er recht. Deshalb ist ein wichtiger Aspekt guter Integrationspolitik, den Menschen eine Perspektive zu geben, es ihnen zu ermöglichen, in einem fremden Land mit einer anderen Kultur Fuß zu fassen, damit sie sich nicht ausgegrenzt fühlen. Eine gute **Perspektive für die eigene Lebensplanung** hängt häufig da-

(Flemming Meyer)

von ab, welche Chancen einem geboten werden, sprich: welche Chancen man auf dem Arbeitsmarkt hat, um sich einen Lebensstandard aufzubauen. Dies wiederum setzt geeignete sprachliche und berufliche Qualifikationen voraus.

Der vorliegende Bericht gibt einen guten Überblick über die Herausforderungen, vor denen wir stehen. Natürlich ist die **Sprachkompetenz** ein wichtiger Faktor für eine erfolgreiche Integration. Dies gilt für den täglichen Gebrauch und insbesondere für die Teilnahme am Ausbildungs- und Arbeitsmarkt. Daher muss diese Hürde erfolgreich in Angriff genommen werden. Es muss genügend Möglichkeiten geben, damit sich Flüchtlinge die notwendige Sprachkompetenz aneignen können.

Vorläufige Untersuchungen haben ergeben, dass die Voraussetzungen für die berufliche Qualifikation sehr unterschiedlich sind. Demnach sind sie bei Flüchtlingen im Schnitt deutlich geringer als bei anderen Ausländergruppen. Das bedeutet, dass es auch hier eine Hürde gibt, die genommen werden muss.

Stellvertretend für die bereits laufenden Integrationsmaßnahmen hier im Land möchte ich das jüngst ins Leben gerufene Pilotprogramm von Land, Bundesagentur und Wirtschaft hervorheben. Es handelt sich hierbei um ein bisher bundesweit einmaliges Projekt, das noch in diesem Jahr anlaufen soll. Bundesagentur und Land finanzieren gemeinsam das Projekt und stellen für die erste Förderkulisse 6 Millionen € zur Verfügung.

An dieser Stelle kann ich meinen Redebeitrag ein bisschen verkürzen; denn sowohl der Minister als auch die Kollegin Strehlau haben dieses Projekt bereits ausführlich beschrieben. Das wollte ich eigentlich auch tun, brauche es jetzt aber nicht mehr zu wiederholen. Aber ein **Pilotprojekt** ist für mich ein Projekt, das man nachahmen sollte. Ich kann nur hoffen, dass dieses Projekt dann auch dazu führen wird, dass man auch an anderen Stellen ähnliche Projekte durchführt. Ich glaube nämlich, dass das, was hier gemacht wird, wirklich zielführend ist.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Insgesamt macht der Bericht deutlich, dass es eine breite Allianz im Land zur Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt gibt. Es wird deutlich, dass alle Bündnispartner hier eng zusammenarbeiten. Hierfür gebührt allen Partnern ein großer Dank. Ohne die breite Unterstützung aller Beteiligten wäre diese gesellschaftliche Herausforderung nicht zu meistern. - Jo tak.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Bericht der Landesregierung in der Drucksache 18/3714 dem Wirtschaftsausschuss und mitberatend dem Sozialausschuss zur abschließenden Beratung zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 27 und 44 auf:

Gemeinsame Beratung**a) Umsetzung des Arbeitsprogramms 2016 der Europäischen Kommission in Schleswig-Holstein**

Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/3741

b) Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für 2016

Bericht der Landesregierung
Drucksache 18/3721

Das Wort zur Begründung wird, wie ich sehe, nicht gewünscht. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Ich schlage vor, den Bericht, Drucksache 18/3721, dem Europaausschuss zur abschließenden Beratung zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 34 auf:

Zustimmung zum Erwerb des Grundstücks in Lübeck, Kronsfordter Landstraße - Zukauf - für die Errichtung einer Erstaufnahmeeinrichtung für Asylbewerberinnen und Asylbewerber

Antrag der Landesregierung
Drucksache 18/3674

Bericht und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses
Drucksache 18/3746

(Präsident Klaus Schlie)

Ich erteile dem Herrn Berichterstatter des Finanzausschusses, dem Abgeordneten Thomas Rother, das Wort.

Thomas Rother [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Einfachheitshalber verweise ich auf die Vorlage.

Präsident Klaus Schlie:

Vielen Dank für Ihren Bericht. - Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Der Ausschuss empfiehlt, den Antrag Drucksache 18/3674 unverändert anzunehmen. Wer der Ausschussempfehlung folgen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Abgeordneten des SSW und die Fraktion der PIRATEN. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von CDU und FDP. Damit ist dieser Antrag angenommen.

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über die Sammeldrucksache. Die Voten zu den einzelnen Tagesordnungspunkten liegen vor. - Zuvor hat zur Geschäftsordnung die Abgeordnete Herdejürgen das Wort.

Birgit Herdejürgen [SPD]:

Ich habe noch einen Nachtrag zu Tagesordnungspunkt 27. Wir haben den Bericht in den Ausschuss überwiesen. Es gibt aber noch einen Antrag einer Reihe von Fraktionen, über den wir gerne in der Sache abstimmen würden.

Präsident Klaus Schlie:

Okay. Darüber wird in der Sache abgestimmt. Dann rufe ich nochmals die Tagesordnungspunkte 27 und 44 auf:

Gemeinsame Beratung**a) Umsetzung des Arbeitsprogramms 2016 der Europäischen Kommission in Schleswig-Holstein**

Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/3741

b) Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für 2016

Bericht der Landesregierung
Drucksache 18/3721

Ich lasse über den Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und der Abgeordneten des SSW, Drucksache 18/3741, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist einstimmig so beschlossen. Damit ist dieser Antrag angenommen. - Vielen Dank.

Ich rufe die Sammeldrucksache auf:

Sammeldrucksache über Vorlagen gemäß § 63 Absatz 1 a der Geschäftsordnung des Schleswig-Holsteinischen Landtags

Drucksache 18/3755 (neu)

Die Voten für die einzelnen Tagesordnungspunkte, für die eine Gesamtabstimmung nach § 63 Absatz 1 a der Geschäftsordnung vorgesehen ist, entnehmen Sie bitte der Ihnen vorliegenden Drucksache 18/3755 (neu). Voraussetzung für die Abstimmung ist, dass keine Abgeordnete und kein Abgeordneter widerspricht. - Dies ist nicht der Fall.

Wer mit der Übernahme der Empfehlungen entsprechend der Sammeldrucksache 18/3755 (neu) einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Auch das ist einstimmig so beschlossen.

Wir befinden uns am Ende unserer Tagung.

Der Beginn der nächsten Tagung des Landtages ist am Mittwoch, 17. Februar 2016, 10 Uhr. Ich wünsche Ihnen ein angenehmes winterliches Wochenende.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 12:52 Uhr